

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jürgen W. Falter / Siegfried Schumann / Jürgen Winkler
Erklärungsmodelle von Wählerverhalten

Max Kaase / Wolfgang G. Gibowski
Deutschland im Übergang:
Parteien und Wähler vor der Bundestagswahl 1990

Dieter Roth
Die Republikaner
Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand

B 37-38/90
14. September 1990

Jürgen W. Falter, Dr. rer. pol., geb. 1944; Professor für Politikwissenschaft und Vergleichende Faschismusforschung an der Freien Universität Berlin.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themenbereichen empirische Wahlforschung, Methodologie der Sozialwissenschaften sowie historische Wahlforschung.

Siegfried Schumann, Dr. phil., geb. 1957; Mitarbeiter am DFG-Projekt „Wählerverhalten“; 1984 bis 1988 wiss. Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung.

Veröffentlichungen u. a.: Wahlverhalten und Persönlichkeit, Opladen 1989; Politische Einstellungen und Persönlichkeit. Ein Bericht über empirische Forschungsergebnisse, Frankfurt u. a. 1986.

Jürgen Winkler, Diplom-Politologe, geb. 1955; wiss. Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung.

Veröffentlichungen u. a.: Die soziale Basis der sozialistischen Parteien in Deutschland vom Ende des Kaiserreichs bis zur Mitte der Weimarer Republik 1912–1924, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXIX (1989); Zur Entwicklung der FDP bei den Landtagswahlen 1980–1990, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 2 (1990).

Max Kaase, Dr. rer. pol., geb. 1935; o. Professor für Politische Wissenschaft und International Vergleichende Sozialforschung an der Universität Mannheim; von 1974 bis 1980 Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim, einer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Hilfseinrichtung der Forschung für die Sozialwissenschaften.

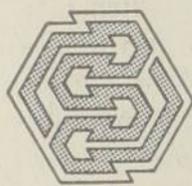
Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themenbereichen Wahlsoziologie, politische Partizipation, Demokratietheorie, vergleichende Regierungslehre (im Sinne der comparative politics), Massenkommunikation und Methoden der empirischen Sozialforschung.

Wolfgang G. Gibowski, Dipl.-Volksw., geb. 1942; Mitglied des Vorstands der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim; Lehrbeauftragter an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themenbereichen Wahlsoziologie, Massenkommunikation und Methoden der empirischen Sozialforschung.

Dieter Roth, Dr. phil., geb. 1938; Mitglied des Vorstands der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim; Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.

Veröffentlichungen zu den Themenbereichen empirische Elitenforschung, Wahlsoziologie (speziell Ökonomie und Wahlverhalten) sowie Jungwähler.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Die beiden Bände des Jahrgangs 1989 sind nur noch begrenzt vorrätig und können zum Preis von DM 25,– (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten bestellt werden.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Erklärungsmodelle von Wählerverhalten

I. Nachwahlspekulationen und wissenschaftliche Erklärungen

Schon am Wahlabend, im Anschluß an die ersten halbwegs stabilen Hochrechnungen, interpretieren Politiker und Journalisten im Fernsehen das aktuelle Wahlergebnis. Dabei handelt es sich nicht um Erklärungen im wissenschaftlichen Sinne, sondern um die üblichen Nachwahlspekulationen über Wählerwille und Wählerauftrag, um die Zurückführung des Wahlergebnisses auf Gewinne und Verluste der Parteien in bestimmten Gebieten und bei sozialen Gruppierungen, auf die Attraktivität der Spitzenkandidaten oder auf die Auswirkung von Wahlkampflogans und politischen Ereignissen. Allzuhäufig sind derartige Deutungen stärker von den politischen Vorlieben und Abneigungen der jeweiligen Interpreten geprägt als von den verfügbaren Daten und wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Ein recht typisches Beispiel solch spekulativer Wahlinterpretation war die Deutung des Ergebnisses der niedersächsischen und nordrhein-westfälischen Landtagswahlen vom 13. Mai dieses Jahres als Protest, ja als verkapptes Plebiszit gegen Art und Inhalt der von Helmut Kohl betriebenen Wiedervereinigungspolitik. Diese Auslegung erfolgte nahezu unisono in den Massenmedien, obwohl die Stimmenverschiebungen gegenüber den Vorwahlen im Saldo eher gering ausgefallen waren und die SPD in der Summe beider Länder insgesamt sogar mehr Wähler verloren hatte als die CDU. In einer Nachwahlanalyse der Forschungsgruppe Wahlen wurden denn auch keine aussagekräftigen Indizien für den vermuteten Einfluß derartiger gegen das Tempo und die Kosten des Einigungsprozesses gerichteten Wählermotive festgestellt¹⁾. Mit wissenschaftlichen Erklärungen hat eine solche Wahldeutung nach Art der Frau Buchela²⁾ wenig gemein.

Doch was bezeichnen wir als eine wissenschaftliche Erklärung? Und welche Fragen versucht der Wahlforscher zu beantworten? Das Erklärungsinteresse der Wahlforschung ist hauptsächlich auf zwei Klas-

sen von Ereignissen gerichtet, auf bestimmte Wahlergebnisse und auf das für diese Wahlergebnisse verantwortliche Wählerverhalten³⁾. Dabei gilt ein Ereignis erst dann als erklärt, wenn es auf geeignete, empirisch bewährte Gesetzmäßigkeiten und sogenannte Randbedingungen⁴⁾ zurückgeführt werden kann, wobei die Zurückführung im Idealfall in Form einer logischen Ableitung erfolgt. Im Falle der Niedersachsenwahl von 1990 könnte eine aus der Theorie rationalen Handelns abgeleitete gesetzesartige Aussage beispielsweise lauten: „Je mehr ein Wähler aus der Wiedervereinigung Nachteile befürchtet, desto eher tendiert er dazu, sich von der Partei abzuwenden, die er dafür verantwortlich macht.“ Die Verluste der CDU und die Stimmengewinne der SPD in Niedersachsen wären dann im Sinne der obigen Vermutung erklärt, wenn die in dieser Aussage genannten Randbedingungen tatsächlich vorgelegen hätten, d. h. wenn (a) eine ausreichend große Zahl von CDU-Abwanderern entsprechende Befürchtungen hinsichtlich der Kosten des Einigungsprozesses gehegt hätte und wenn (b) die CDU von diesen Wählern für die befürchteten Kosten der Wiedervereinigung verantwortlich gemacht worden wäre. Beides sind empirische Aussagen, die sich mittels geeigneter Umfragedaten überprüfen lassen, was aber am Wahlabend nur schwer möglich war und angesichts der unterstellten Evidenz dieser Vermutung auch anscheinend von niemandem als nötig erachtet wurde. Sollte mindestens eine dieser Aussagen nicht zutreffen, wäre die Erklärungshypothese als falsch zurückzuweisen.

Genau dieses aber scheint in Niedersachsen der Fall gewesen zu sein: Weder war unter den CDU-Abwanderern die Angst über die vermuteten Kosten der Einheit überdurchschnittlich stark ausgeprägt, noch scheint sie das Hauptmotiv für die Abwanderung dieser Wähler in die Stimmenthaltung oder zur

³⁾ Dabei wird unter Wählerverhalten im allgemeinen sowohl der Akt der Stimmabgabe, also die Wahlbeteiligung, als auch das konkrete Stimmverhalten, d. h. die sich auf dem Stimmzettel niederschlagende Parteipräferenz des einzelnen verstanden.

⁴⁾ Derartige Gesetzmäßigkeiten werden im allgemeinen in Form von Wenn-Dann- oder Je-Desto-Aussagen ausgedrückt. Die Randbedingungen beschreiben die in der Wenn-Komponente der Gesetzesaussage enthaltenen relevanten Ereignisse.

¹⁾ Vgl. Manfred Berger/Wolfgang Gibowski/Dieter Roth, Kleine Ursachen, große Wirkungen. Forschungsgruppe Wahlen: Allein mit der Debatte über die Kosten der Einheit lassen sich die Ergebnisse nicht erklären, in: Die Zeit, Nr. 21 vom 18. Mai 1990, S. 5.

²⁾ Frau Buchela war eine seinerzeit bundesweit bekannte Wahrsagerin, die angeblich auch eine Reihe prominenter Politiker zu ihren Kunden zählte.

SPD gewesen zu sein. Hinzu kommt, daß der behauptete Zusammenhang auch dann erhalten bleiben muß, wenn man den Einfluß möglicher anderer Faktoren kontrolliert.

In der Praxis der empirischen Wahlforschung findet diese Zurückführung des zu erklärenden Ereignisses (der sog. abhängigen Variablen) auf geeignete Gesetzmäßigkeiten und Randbedingungen fast immer in verkürzter Form statt, indem statistisch überprüft wird, ob die abhängige Variable mit geeigneten Erklärungsfaktoren (den sog. unabhängigen Variablen) systematisch variiert. Auf das Beispiel der Niedersachsenwahl bezogen würde man die Annahme einer Protestwahl gegen die Kosten der Einheit nur dann als bestätigt ansehen, wenn signifikant mehr Personen mit entsprechenden Befürchtungen und Zuschreibungen der politischen Verantwortung von der CDU zur SPD gewechselt als bei der CDU verblieben wären und dieser Zusammenhang auch nach Kontrolle anderer potentieller Einflußfaktoren — wie etwa einer überdurchschnittlichen Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage oder einem tiefsitzenden Mißfallen über die Skandale der bisherigen Landesregierung — nachweisbar bliebe.

Zur Erklärung von Wählerverhalten werden von der Wahlforschung im allgemeinen zwei Klassen von Bedingungsfaktoren herangezogen: Persönlichkeits- und Umweltfaktoren. Unter ersteren versteht man alle Arten von psychischen Merkmalen

wie Einstellungen, Werthaltungen, Verhaltensabsichten, motivationale Bedürfnisse oder tiefsitzende Persönlichkeitszüge, unter letzteren alle außerhalb der Persönlichkeit liegenden sozialen Charakteristika wie Einkommen, Bildung, Wohnort, Gruppenmitgliedschaften oder politische und wirtschaftliche Einflüsse aller Art. Dabei wird üblicherweise davon ausgegangen, daß die Umweltfaktoren das Wahlverhalten des einzelnen nur indirekt, d. h. durch die Persönlichkeitsfaktoren vermittelt, beeinflussen. Aus der Beobachtung, daß viele Personen ungeachtet differierender Persönlichkeitszüge in ähnlich gelagerten sozialen Situationen die gleichen parteipolitischen Vorlieben und Abneigungen entwickeln, wurde schon früh der Schluß gezogen, daß von den Umweltmerkmalen gleichförmige Einflüsse ausgehen, die entsprechende Einstellungsmuster und mit deren Hilfe wiederum politische Verhaltensregelmäßigkeiten erzeugen. Umgekehrt können Personen mit gleicher Konfession, gleichem Sozialstatus oder gleichem Familienstand durchaus sehr unterschiedliche Einstellungen und Verhaltensweisen zeigen. Politische, soziale und psychische Prozesse greifen folglich bei der Bestimmung des Wählerverhaltens ineinander. Die meisten Erklärungsmodelle berücksichtigen das. Sie unterscheiden sich vor allem durch die Rolle, die verschiedene Umwelt- und Persönlichkeitsmerkmale in ihnen einnehmen, ferner durch die Begründungsmethode und durch die Fragen, die innerhalb der Ansätze sinnvoll beantwortet werden können.

II. Der soziologische Erklärungsansatz

1. Das mikrosoziologische Erklärungsmodell der Columbiaschule

Schon früh arbeitete die empirische Wahlforschung heraus, daß die Parteien in Gebieten unterschiedlicher *Sozialstruktur* unterschiedlich erfolgreich waren: Die Unionsparteien weisen noch heute auf dem katholischen Land deutlich günstigere Wahlergebnisse auf als in evangelischen Industrieregionen, die SPD schneidet in Arbeitergemeinden sehr viel besser ab als in landwirtschaftlich geprägten Gebieten, die FDP hat ihre Hochburgen vor allem in städtischen Mittelschichtbezirken und wohlhabenden Randgemeinden der Großstädte und die GRÜNEN erzielten ihre besten Wahlerfolge in den Universitätsstädten.

Diese sozialräumliche Verteilung der bundesdeutschen Wählerschaft findet ihre Entsprechung in der unterschiedlichen Affinität sozialer Gruppen zu den Parteien. Auch in anderen Ländern tendieren Wähler je nach Konfession, Kirchenbindung, sozia-

ler oder geographischer Herkunft, Einkommen und Bildung dazu, unterschiedlich abzustimmen. Diese Beobachtung führte Anfang der vierziger Jahre zu der Formulierung eines äußerst einflußreichen Erklärungsmodells, das auch heute noch bei der Beschreibung der Struktur der Wählerschaft und der Erklärung der Stabilität von Wählerverhalten von Bedeutung ist. Es handelt sich um das von Paul F. Lazarsfeld und seinen Mitarbeitern vom Bureau of Applied Social Research der Columbia University vorgelegte, mikrosoziologisch orientierte Erklärungsmodell⁵⁾.

⁵⁾ Vgl. Paul F. Lazarsfeld/Bernard R. Berelson/Hazel Gaudet, *The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign*, New York 1944; Bernard R. Berelson/Paul F. Lazarsfeld/William N. McPhee, *Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*, Chicago-London 1954; Seymour M. Lipset/Paul F. Lazarsfeld/Allan H. Barton/Juan J. Linz, *The Psychology of Voting: An Analysis of Political Behavior*, in: Gardner Lindzey (ed.), *The Handbook of Social Psychology*, Bd. II, Reading, Mass. 1954, S. 1124—1175.

Die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppierungen mit erkennbaren Wahlnormen, die Kommunikation mit sogenannten Meinungsführern und das politische Klima der nächsten Umgebung sind diesem Ansatz zufolge die entscheidenden Bedingungsfaktoren des Wahlverhaltens. Gleiche Gruppenzugehörigkeit führt tendenziell zu gleichem Wahlverhalten. Das Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren versuchten Lazarsfeld und seine Mitarbeiter in einem „Index der politischen Prädisposition“ zu erfassen: Je stärker sich die verschiedenen Gruppenmitgliedschaften des einzelnen im Sinne politischer Homogenität decken, je geringer die Wirkung gegenläufiger Einflüsse, desto wahrscheinlicher geht die Wahlentscheidung in die durch die Gruppennormen vorgegebene Richtung — eine Erkenntnis, die Lazarsfeld zu der viel zitierten Aussage inspirierte, daß das politische Denken und Fühlen der Wähler sozial geprägt sei. Soziale Merkmale bestimmten die politischen Vorlieben der Wähler.

Erworben werden diesem Erklärungsmodell zufolge die Parteibindungen vor allem durch politische Sozialisation und Kommunikation mit Meinungsführern, verstärkt und immer wieder aktualisiert durch soziale Kontrolle in Form von Gruppendruck, Anpassung an die Bedürfnisse und Wünsche der nächsten Umgebung und durch die Tendenz des einzelnen, mit seiner Familie, seinen Freunden und Arbeitskollegen in einem möglichst spannungsfreien Verhältnis zu leben. Unterstützt werde die soziale Determinierung des politischen Verhaltens durch die Tendenz zur selektiven Mediennutzung und einseitigen Wahrnehmung und Verarbeitung politischer Informationen: Die meisten Wähler setzten sich bevorzugt Informationen aus, die in ihr politisches Weltbild paßten. Wo dennoch andere, den eigenen Anschauungen widersprechende Nachrichten auftraten, würden diese häufig im Sinne der eigenen politischen Vorlieben und Abneigungen interpretiert und im Gedächtnis behalten. Aus diesem Grunde beschränke sich der Einfluß von Wahlkämpfen hauptsächlich auf die Aktivierung politischen Interesses, auf die Mobilisierung der jeweiligen Parteianhänger und auf die Verstärkung existierender Prädispositionen. Parteiwechsel während der heißen Wahlkampfphase seien die Ausnahme. Nur wo sich parteipolitisch gegensinnige soziale Einflüsse überkreuzten, wo sich also Wähler unter „cross pressure“ befänden, wie dies etwa in der Bundesrepublik bei zugleich kirchlich und gewerkschaftlich gebundenen katholischen Arbeitern oder bei Mittelstandsangehörigen mit Gewerkschaftsbindung der Fall ist, sei ein häufiger politischer Wechsel zu beobachten. Ganz allgemein

zeichne sich die Gruppe der unter cross pressure stehenden Wähler durch inkonsistenteres Wahlverhalten, deutlich geringeres politisches Interesse und eine niedrigere Wahlbeteiligung als der Durchschnitt aus.

2. Zur Sozialstruktur der bundesdeutschen Wählerschaft

Solche sozialen Vorprägungen und Überlagerungen von Einflüssen finden sich in der bundesrepublikanischen Wählerschaft noch Anfang der neunziger Jahre wieder. Während heutzutage, anders als in den fünfziger und sechziger Jahren, das Geschlecht kaum noch zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien differenziert⁶⁾, existieren mittlerweile zwischen den Altersgruppen teilweise erhebliche Unterschiede im Wahlverhalten. So weist die Union vor allem in der Gruppe der Zwanzig- bis Dreißigjährigen, inzwischen aber auch bei den dreißig- bis vierzigjährigen Wählern enorme Stimmdefizite auf, während sie bei Wählern über fünfzig, vor allem bei Personen über 60 Jahren ein beträchtliches Stimmenplus verzeichnen kann. Die Wählerschaft der GRÜNEN verhält sich hierzu fast genau spiegelbildlich. Auch bei anderen Sozialmerkmalen treten teilweise geradezu dramatische Abweichungen vom Durchschnitt auf: So ist eine überdurchschnittliche Affinität von Wählern mit höherem Bildungsabschluß zur FDP und zu den GRÜNEN festzustellen, tendieren Selbständige und vor allem Landwirte sowie Katholiken und Kirchgänger beider Konfessionen eindeutig zu den beiden Unionsparteien, fühlen sich Facharbeiter und Gewerkschafter stärker zur SPD hingezogen etc.

Interessanter noch als der isolierte Einfluß einzelner Merkmale ist die Überlagerung verschiedener Sozialfaktoren. Denn niemand ist nur Katholik oder Protestant, nur Arbeiter oder Angehöriger der Mittelschicht, sondern gleichzeitig auch Groß- oder Kleinstadtbewohner, Mitglied einer Gewerkschaft oder nicht etc. In Tabelle 1 versuchen wir die Überlagerung einiger Einflußfaktoren des (bundes)deutschen Wählerverhaltens zu erfassen, indem wir die Wähler durch die Kombination verschiedener sozialer Merkmale in einem sogenannten Kontrastgruppenvergleich so gruppieren, daß der Einfluß einer parteipolitisch gleichgerichteten Überlagerung und gegensinnigen Überkreuzung

⁶⁾ Vgl. Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, *Vive la (très) petite différence*. Das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen 1953–1987, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politische Kommunikation. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen 1990.

Tabelle 1: Abweichung der Zweitstimmenanteile der Parteien von ihrem Gesamtmittelwert in verschiedenen Bevölkerungsgruppen (in Prozent¹⁾)

		Alle	
		CDU/CSU	32
		SPD	38
		FDP	6
		GRÜNE	7
		REP	3
		katholisch	nicht katholisch
C		+9	-7
S		-7	+6
F		-2	+1
G		-1	+1
R		0	0

		Kirchgang häufig	Kirchgang selten	Kirchgang häufig	Kirchgang selten
C		+27	+1	+2	-12
S		-19	-2	+5	+6
F		-1	-2	+1	+1
G		-4	+1	-2	+3
R		-2	+1	-1	0

		Mittelschicht	Arbeiter	Mittelschicht	Arbeiter	Mittelschicht	Arbeiter	Mittelschicht	Arbeiter
C		+30	+18	+3	-4	+1	-11	-10	-16
S		-22	-10	-6	+6	+1	+17	+3	+15
F		0	-4	-1	-4	+3	-4	+3	-4
G		-4	-3	2	-3	-1	-4	4	4
R		-1	+1	0	2	-2	0	0	1

		Gewerkschaft: ja		Gewerkschaft: nein		Gewerkschaft: ja		Gewerkschaft: nein		Gewerkschaft: ja		Gewerkschaft: nein		Gewerkschaft: ja		Gewerkschaft: nein	
C		+23	+32	+12	+22	-6	+6	-7	-2	-11	+6	-15	-7	-18	-6	-18	-15
S		-10	-25	+1	-16	+6	-10	+14	-1	+16	-5	+22	+12	+16	-2	+27	+5
F		-3	+1	-5	-4	-4	+1	-5	-3	+1	+4	-5	-3	-1	+5	-5	-2
G		-2	-4	-5	-3	+5	+1	-2	-3	+1	-2	-3	-4	+7	+4	-1	0
R		0	-2	+1	+1	0	+1	+3	+2	-2	-1	+1	0	0	0	0	+3
N		177	645	100	201	490	1320	332	447	445	1244	329	374	463	1250	303	358

¹⁾ Die Prozentangaben für „Alle“ bzw. „Gesamtgruppe“ in den Tabellen 1 und 2 basieren auf politisch (mit Hilfe der Rückerinnerungsfrage) ungewichteten Umfrageergebnissen. Der „wahre“ Unionsanteil wird dadurch unterschätzt; hiervon werden die Prozentpunktabweichungen innerhalb der einzelnen Untergruppen jedoch nicht nennenswert berührt. Vgl. Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, Methodische Probleme von Wahlforschung und Wahlprognose, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/89, S. 6f.

Quelle: Kumulierte Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) vom Oktober 1989 bis März 1990. Angaben in Zeilenprozent (Abweichung vom Gesamtmittel in Prozentpunkten).

Lesebeispiel: Die CDU/CSU wurde im Frühjahr 1990 von 32 Prozent der befragten Wahlberechtigten „gewählt“. Unter den Katholiken erzielte sie 9 Prozentpunkte mehr (also 41 Prozent) und unter den Nicht-Katholiken 7 Prozentpunkte weniger

(also 25 Prozent) als im Durchschnitt. Unter denjenigen Katholiken, die häufig zur Kirche gehen, erhielt sie 27 Prozentpunkte mehr (also 59 Prozent), unter denjenigen Nicht-Katholiken, die selten zur Kirche gehen, dagegen 12 Prozentpunkte weniger (also 20 Prozent). Ihren höchsten Wert erreichte die CDU/CSU bei den katholischen, oft zur Kirche gehenden Angehörigen der Mittelschicht ohne Gewerkschaftsbindung, wo sie 32 Prozentpunkte über dem Durchschnitt lag und damit 64 Prozent der Stimmen erhielt. Diese Merkmalskombination wiesen insgesamt 413 (von 645) Befragte auf, was ein hochsignifikantes Ergebnis garantiert.

Legende zu Tabelle 1

Stimmenanteil der Parteien 1989/90; Abweichung vom Gesamtmittelwert in Prozentpunkten; Der Gesamtmittelwert ist unter „Alle“ aufgeführt; Basis: befragte Wahlberechtigte; „Sonntagsfrage“. Unterste Zeile: Fallzahl.

Alle	Gesamtgruppe aller Befragten
katholisch	Katholiken
nicht katholisch	Nicht-Katholiken
Kirchgang häufig	Befragte, die häufig zur Kirche gehen; für Katholiken: jeden Sonntag/fast jeden So. für Nicht-Katholiken: jeden Sonntag/fast jeden So./ab und zu
Kirchgang selten	Befragte, die selten zur Kirche gehen; für Katholiken: ab und zu/einmal im Jahr/seltener/nie für Nicht-Katholiken: einmal im Jahr/seltener/nie
Mittelschicht	Mittelschicht (= Nicht-Arbeiter)
Arbeiter	Arbeiter
Gewerkschaft ja	Befragter ist Gewerkschaftsmitglied
Gewerkschaft nein	Befragter ist kein Gewerkschaftsmitglied

verschiedener Sozialfaktoren in den kontrastierenden Gruppen klar erkennbar wird. So wird deutlich, daß in der Bundesrepublik die Konfession vor allem über die Kirchenbindung wirkt: Bei häufig zur Kirche gehenden Wahlberechtigten weisen die beiden Unionsparteien einen Stimmenvorsprung von 27 Prozentpunkten⁷⁾ gegenüber ihrem Durchschnittsergebnis bei allen Wahlberechtigten auf, bei selten oder nie zur Kirche gehenden Wählern dagegen nur von einem Prozentpunkt. Gehören die kirchentreuen Katholiken der Mittelschicht an, wächst die überdurchschnittliche Unionsneigung nochmals um drei auf 30 Prozentpunkte; sind diese Wähler jedoch gleichzeitig Mitglied einer Gewerkschaft, sinkt die Affinität zur CDU/CSU um sieben Prozentpunkte, sind sie es nicht, steigt sie bis auf 32 Prozentpunkte. Auf der anderen Seite wird die Wahl der SPD von folgender Faktorenkombination in besonderem Maße begünstigt: Nicht katholisch, selten oder nie zur Kirche, Arbeiter, Gewerkschaftsmitglied. Wo diese Merkmale zusammentreffen, erreicht die SPD ein um 27 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt liegendes Ergebnis. Bei den kleineren Parteien treten dagegen nicht so große Ausschläge nach oben oder unten auf. Dies gilt insbesondere für die Republikaner, die sozial-

strukturell im Vergleich zu den anderen politischen Gruppierungen geradezu eine Partei ohne Eigenschaften darstellen.

3. Das makrosoziologische Erklärungsmodell von Lipset und Rokkan

Gegen dieses, von den herangezogenen Erklärungsmerkmalen her gesehen klar individualsoziologisch orientierte Modell wurde eingewandt, daß es bei der Auswahl der untersuchten Merkmale im allgemeinen atheoretisch verfähre, indem es prognostischer Fähigkeit den Vorrang vor kausaler Erklärungskraft einräume. Aus diesem Grunde legten in den sechziger Jahren Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan die makrosoziologische *Cleavage-Theorie* des Wahlverhaltens vor, die sozialhistorische und politikgeschichtliche Elemente in den soziologischen Ansatz integriert⁸⁾.

Von einer vagen Interessentheorie ausgehend, postulieren sie, daß die Konfliktstruktur einer Gesellschaft die Entwicklung der Parteien bestimmt. Die Sozialstruktur einer Gesellschaft und die institutionellen Regelungen entschieden dabei über die Größe der Anhängerschaft einer Partei. Die Anzahl der Konflikte und die Art der Koalitionsbildungen zwischen Eliten und sozialen Gruppen beeinflussen die Nachfrage nach Parteien und die Seg-

7) Prozentpunkte bezeichnen die absolute Differenz zwischen Prozentwerten. So macht der Stimmenzuwachs einer Partei von 5 auf 10 Prozent der gültigen Stimmen 5 Prozentpunkte oder 100 Prozent (des Ausgangswertes) aus; dagegen würde der Stimmenzuwachs einer anderen Partei von 50 auf 55 Prozent der gültigen Stimmen zwar ebenfalls 5 Prozentpunkte, aber nur 10 Prozent betragen.

8) Vgl. Seymour M. Lipset/Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, in: dies. (eds.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York 1967, S. 1–64.

mentierung der Wählerschaft. Koalitionen würden sich dann bilden, wenn eine soziale Gruppe erstmals mobilisiert werde. Langandauernde Koalitionen von politischen Parteien und gesellschaftlichen Großgruppen wie den Gewerkschaften, der katholischen Kirche, bestimmter ethnischer oder sozialer Gruppen etc. nennen sie Cleavages. Diese Koalitionen hätten sich aufgrund tiefgreifender historischer Konflikte im Verlaufe der Nationalstaatsbildung, der Reformation und der Säkularisierung sowie der industriellen und sozialen Revolution herausgebildet. Sie prägen nach Ansicht von Lipset und Rokkan die Parteiensysteme der meisten westlichen Staaten bis in die Gegenwart hinein.

Es lassen sich in ihrem Entwicklungsmodell zwei grundlegende Cleavagetypen unterscheiden, die sich einerseits in Konflikten über ethnische, territoriale und kulturelle, andererseits über sozialökonomische Streitfragen äußern. Konflikte der ersten Art bestehen etwa zwischen nationalem Zentrum und regionaler Peripherie sowie zwischen Nationalstaat und Kirche. Sie betreffen Fragen der kulturellen Assimilation, des Erziehungswesens und der Integration von Minoritäten. Konflikte der zweiten Art entstehen zwischen Agrar- und Industrieinteressen sowie zwischen Arbeitern und Unternehmern. Konflikte des ersten Typs hängen mit dem Prozeß der Nationenbildung, der territorialen und kulturellen Konsolidierung des Nationalstaates zusammen, solche des zweiten Typs mit dessen Industrialisierung und Modernisierung; sie entstanden

im Gefolge der industriellen Revolutionen im 19. und 20. Jahrhundert. Im ersteren Falle wählt man unabhängig von seiner sozialökonomischen Position mit seiner Gemeinde, seiner Sprachgruppe oder seiner Glaubensgemeinschaft und deren Führern. Typische Parteien dieser Art waren in Deutschland etwa die Welfen und Polen als territoriale bzw. ethnische Protestbewegungen oder das Zentrum als katholische Weltanschauungspartei. Im anderen Falle wählt man unabhängig von seinen regionalen, ethnischen und kulturellen Zugehörigkeiten so, wie andere in der gleichen Position auch wählen würden, also sozialistisch als Arbeiter, liberal als Unternehmer oder konservativ als Landbesitzer.

Die beiden Hauptspannungslinien der deutschen Politik sind heute, nachdem die regionalen und ethnischen Konflikte weitestgehend verschwunden sind, die zunächst eher konfessionelle, mittlerweile stärker religiös definierte und die klassenbezogene Spaltung, die beide im 19. Jahrhundert entstanden und aus dem Gegensatz von Staat und katholischer Kirche während des Kulturkampfes einerseits und der Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Unternehmern während der Industrialisierung des Reiches andererseits herrühren. Die CDU/CSU als Nachfolgerin der katholischen Parteien der Weimarer Republik und des Kaiserreiches und die SPD als Partei der deutschen Arbeiterbewegung repräsentieren diese beiden Hauptkonfliktlinien der bundesrepublikanischen Gesellschaft⁹⁾.

III. Parteiidentifikation, Kandidaten und Streitfragen: das Ann Arbor-Modell

Die Stärke des soziologischen Modells liegt in der Beschreibung und historischen Fundierung der sozialen Korrelate von Parteibindungen. Der Wandel zwischen dicht aufeinanderfolgenden Wahlen dagegen kann vom soziologischen Modell nur unter Zuhilfenahme zusätzlicher Annahmen erklärt werden, indem etwa auf die unterschiedliche Bedeutung bestimmter gruppenspezifischer Normen bei den verschiedenen Wahlen verwiesen wird. Derartige ad hoc-Erklärungen sind jedoch wissenschaftlich unbefriedigend.

Als Alternative zum soziologischen Erklärungsansatz Lazarsfelds und seiner Mitarbeiter entwickelten daher in den fünfziger Jahren Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes von der University of Michigan in Ann Arbor ein zugleich stärker sozialpsychologisch und politologisch orientiertes Erklärungsmodell, das

sich schnell zum führenden, die Diskussion bis heute prägenden Ansatz der empirischen Wahlforschung entwickelte¹⁰⁾. Das Wählerverhalten wird dem Ann Arbor-Modell zufolge durch das Zusammenwirken politisch-institutioneller, sozialökonomischer und psychischer Bedingungsfaktoren verursacht. Der Verursachungsprozeß ist dabei mit einem Trichter zu vergleichen, an dessen engster Stelle, der Wahlentscheidung kausal unmittelbar vorgelagert, die direkten Einflußfaktoren des Wählerverhaltens liegen: die Einstellung des Wäh-

⁹⁾ Vgl. Franz Urban Pappi, Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik. Individual- und Kontextanalysen der Wahlentscheidung, unveröffentlichte Habilitationsschrift an der Universität zu Köln 1976.

¹⁰⁾ Vgl. Angus Campbell/Gerald Gurin/Warren E. Miller, *The Voter Decides*, Evanston 1954; Angus Campbell u. a., *The American Voter*, New York—London 1960.

lers gegenüber den verschiedenen Kandidaten, den im Wahlkampf umstrittenen Problemen und der Fähigkeit der Parteien und Politiker, diese Probleme zu bewältigen. Diese direkten Einflußfaktoren verbinden das Wahlverhalten mit einer Reihe weiterer, zeitlich vorangehender psychischer und sozialer Faktoren — als wichtigster der Parteiidentifikation, die wiederum von entfernteren, sie strukturierenden Einflußfaktoren wie der Mitgliedschaft in bestimmten sozialen Gruppen, der politischen Prägung durch das Elternhaus etc. abhängen. Die Einflußkette weitet sich immer mehr aus, je weiter man in die Vergangenheit des betreffenden Wählers eindringt und endet, was den einzelnen Wähler angeht, in dessen früher Kindheit.

Die individuelle Wählerentscheidung kann folglich aus der Sicht des Ann Arbor-Modells als eine Funktion gegenwärtiger und vergangener Ereignisse angesehen werden oder, genauer, als eine Resultante aus dem Zusammenspiel von vorgängiger Erfahrung und subjektiver Situationsdeutung. Alle Hintergrundfaktoren mit Ausnahme bestimmter objektiver, handlungsbegrenzender Situationsvariablen sind durch individuelle Wahrnehmung vermittelt. Die subjektive Interpretation sozialökonomischer Faktoren ist demzufolge wichtiger für das Verhalten als deren objektive Beschaffenheit, die Identifikation mit einer sozialen Gruppe bedeutsamer als die tatsächliche Gruppenmitgliedschaft. Einfluß auf die Wahlentscheidung können dabei nach Ansicht von Campbell u. a. nur „persönliche“, d. h. innerhalb des Wahrnehmungsfeldes des einzelnen Wählers liegende, und „politische“, d. h. vom einzelnen Wähler als politikrelevant erachtete Faktoren gewinnen.

Von großer, ja ausschlaggebender Bedeutung für die konkrete Wahlentscheidung ist neben den kurzfristig wirksamen Faktoren der Kandidaten- und Problemorientierung die Parteiidentifikation, worunter eine für gewöhnlich länger andauernde, gefühlsmäßig tief verankerte Bindung des einzelnen an eine bestimmte Partei zu verstehen ist. Als hochgeneralisierte Einstellungsdimension mit — vom Modell her gesehen — längerer Lebensdauer ist die Parteiidentifikation den Kandidaten- und Problemorientierungen zeitlich im allgemeinen vorgelagert; sie kann jedoch umgekehrt von diesen ebenfalls beeinflußt und schließlich auch verändert werden. Durch diese gefühlsmäßige Parteibindung, die auch als eine Art psychologische Mitgliedschaft in einer Partei verstanden werden kann, wird die Wahrnehmung und Verarbeitung einkommender politischer Informationen beeinflußt, die Bewertung politischer Vorgänge und Kandidaten „gefärbt“ und die Wahlentscheidung des einzelnen geprägt — wenn

auch nicht festgelegt, da vom Konzept hier ausdrücklich Abweichungen von der längerfristigen Parteibindung aufgrund kurzfristiger Einflüsse vorgesehen sind. Die Partei, mit deren Zielen, Handlungsweisen und Images man sich identifiziert, dient dabei als eine Art politischer Bezugsgruppe, mit deren Hilfe — ohne allzu hohe Informationskosten — Ordnung in die schier unüberschaubare Vielgestaltigkeit des politischen Raumes gebracht wird. Als Mittel zur Reduktion politischer Komplexität sorgt sie auch bei politisch weniger informierten und weniger interessierten Wählern für ein hohes Maß an längerfristiger Verhaltenskonsistenz. Sie trägt damit potentiell zur Stabilisierung des politischen Systems und zur Immunisierung der Wähler gegenüber extremistischen Strömungen bei.

In Tabelle 2, die wiederum als Kontrastgruppenvergleich aufgebaut ist, wird das Zusammenspiel von Parteiidentifikation, Kandidaten- und Problemorientierung bei der Bundestagswahl 1987 dargestellt. Wie schon in Tabelle 1 erfolgt die Darstellung in Form von sog. Abweichungsprozentpunkten. Es zeigt sich, daß trotz einer starken Korrelation der einzelnen Erklärungsvariablen alle drei Faktoren das Wahlverhalten beeinflussen: Wer sich mit der Union identifiziert, tendiert zwar sehr stark dazu, Kohl als Kanzlerkandidaten sympathischer zu finden als Rau und die CDU/CSU als insgesamt lösungskompetenter zu betrachten als die SPD. Doch gibt es Abweichungen von diesem Muster, die es erlauben, den unterschiedlichen Effekt der drei Komponenten des Modells auf das Wahlverhalten abzuschätzen. So liegt der Anteil der Unionswähler bei denjenigen, die sich mit der CDU oder CSU identifizieren, Kohl sympathischer finden und die Unionsparteien als lösungskompetenter erachten, um 57 Prozentpunkte höher als im Durchschnitt aller Wähler, also bei 95 Prozent, während er bei denen, die zwar mit ihrer Kandidaten- und Problemorientierung zur Union neigen, ohne sich jedoch mit dieser gefühlsmäßig zu identifizieren, bei 71 Prozent, also um „nur“ 33 Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller Wähler liegt. Analoge Resultate sind auf der anderen Seite des Kontrastgruppenbaums zu beobachten, wobei allerdings der kombinierte Einfluß von SPD-Parteibindung, Kandidaten- und Problemorientierung auf das Wahlverhalten etwas geringer gewesen zu sein scheint als im Falle der Union. Auf jeden Fall belegt Tabelle 2, daß die vom Modell geforderten Abweichungen von der längerfristigen Parteibindung aufgrund kurzfristiger Einflüsse auch in der Bundesrepublik auftreten können, obwohl derartige Abweichungen noch stärker als in den USA eine seltene Ausnahme darstellen.

Tabelle 2: Die Wahlabsicht für CDU/CSU und SPD bei der Bundestagswahl 1987 in Abhängigkeit von der Parteiidentifikation, der Kandidatenorientierung und der Beurteilung politischer Streitfragen (in Prozent)

Wahlabsicht für CDU/CSU¹⁾

Gesamtgruppe 38								
CDU/CSU +54			Parteiidentifikation Rest -15			SPD -36		
Kandidatenorientierung			Kandidatenorientierung			Kandidatenorientierung		
Kohl	Rest	Rau	Kohl	Rest	Rau	Kohl	Rest	Rau
+56	+42	+37	+17	-25	-31	-17	-34	-37
PO			PO			PO		
C	R	S	C	R	S	C	R	S
+57	+55	+43	+39	+48	+29	+56	+22	+18
Rest			Rest			Rest		
+33	+10	-22	-5	-31	-26	-22	-29	-35
SPD			SPD			SPD		
-9	-24	-17	-29	-35	-34	-36	-36	-37

Wahlabsicht für SPD¹⁾

Gesamtgruppe 39								
CDU/CSU -38			Parteiidentifikation Rest -10			SPD +50		
Kandidatenorientierung			Kandidatenorientierung			Kandidatenorientierung		
Kohl	Rest	Rau	Kohl	Rest	Rau	Kohl	Rest	Rau
-39	-33	-31	-31	-19	+10	+25	+43	+52
PO			PO			PO		
C	R	S	C	R	S	C	R	S
-	-38	-33	-31	-6	-29	-17	-	-
Rest			Rest			Rest		
-36	-32	-2	-19	-26	+7	+2	-7	+31
SPD			SPD			SPD		
+18	+18	+32	+25	+44	+50	+44	+50	+54

Fallzahlen

338 174 16 26 22 3 17 10 9 93 109 19 40 120 33 37 139 132 77 14 11 29 28 42 124 355

Quelle: FGW-Panel zur Bundestagswahl 1987; 1. Welle.

Gesamtgruppe: Stimmenanteil in der Gesamtgruppe aller Befragten.

Kohl, Rau: Kohl bzw. Rau werden auf einer 11stufigen Sympathieskala erstens über „neutral“ und zweitens höher als der jeweilige Gegenkandidat eingeschätzt.

PO: Der betreffenden Partei wird für die Gebiete „Wirtschaftslage“, „Arbeitslosigkeit“, „Umweltschutz“, „Sicherung der Renten“, „Staatsverschuldung“ und „Preisstabilität“ in mehr Fällen die höhere Problemlösungskompetenz zugesprochen als der Gegenpartei.

C; R; S: Kompetenzzuweisung zugunsten der CDU/CSU (=C) oder der SPD (S) oder Rest (R).

Rest, R: Jeweilige Restgruppe; Befragte, die nicht in eine der jeweils anderen beiden Kategorien fallen.

¹⁾ Abweichung der betr. Gruppe in Prozentpunkten. Für die Gesamtgruppe ist jeweils der Anteil an allen Befragten (in „Prozent“) angegeben.

Angangspunkt des Ann Arbor-Modells ist die Überlegung, daß die meisten Wähler nicht bei jeder Wahl vor einer völlig offenen Entscheidungssituation stehen, sondern längerfristig begründete Vorlieben und Abneigungen gegenüber den zur Wahl stehenden Parteien mitbringen, die gemeinsam mit den jeweils nur für die anstehende Wahl gültigen Kandidaten- und Problemorientierungen die individuelle Wahlentscheidung bestimmen. Wenn bei einer fiktiven Wahl keinerlei kurzfristige politische Einflußfaktoren wirksam wären, dann würde die individuelle Stimmabgabe dem Ann Arbor-Modell zufolge allein von der jeweiligen Parteiidentifikation und von „unpolitischen“ Größen bestimmt. Durch diese Unterscheidung einer längerfristigen, durch die Partei-

identifikation beschriebenen Einflußkomponente und kurzfristiger, auf die zur Wahl stehenden Kandidaten und die jeweils strittigen politischen Probleme bezogener Einflußfaktoren ist es möglich, nicht nur das individuelle Wählerverhalten, sondern auch ein bestimmtes Wahlergebnis in einen durch Langzeiteinflüsse und einen durch kurzfristige Faktoren bestimmten Anteil zu zerlegen und damit den Effekt bestimmter Streitfragen und der Spitzenkandidaten für den Ausgang der untersuchten Wahl quantitativ zu bestimmen. Dies erfolgt im Rahmen der sogenannten Normalwahlanalyse, einem der bislang elegantesten Analysemodelle von Wählerverhalten überhaupt, das wir aus Raumgründen hier jedoch nicht im einzelnen darstellen können¹¹⁾.

IV. Die rationalistische Theorie des Wählerverhaltens

1. Der rationalistische Ansatz

Im soziologischen Erklärungsansatz und im eher sozialpsychologisch ausgerichteten Ann Arbor-Modell des Wählerverhaltens werden die Ursachen der Wahlentscheidung beim individuellen Wähler gesucht, indem man u. a. auf die Prägung durch Gruppenmitgliedschaften oder auf seine Parteiidentifikation und seine Beurteilung von Kandidaten und politischen Streitfragen hinweist. Diese Erklärungsgrößen des Wählerverhaltens werden in den sogenannten rationalistischen Ansätzen als gegeben vorausgesetzt. Rationalistische Ansätze zur Erklärung des Wählerverhaltens beabsichtigen daher auch nicht, etwa die Frage zu beantworten, wie sich der Einfluß der Bewertung einer politischen Streitfrage auf das Wahlverhalten über die Zeit entwickelt oder warum eine Person einen wahrgenommenen Sachverhalt als Problem ansieht, d. h. warum beispielsweise die eine Person tropische Regenwälder schützen möchte, während dies für eine andere Person kein Problem darstellt. Vielmehr besteht das Bestreben darin, politisches Verhalten bei gegebenen und nicht weiter analysierten individuellen Präferenzen als Anpassung an variierende politische Bedingungen, sogenannte situative Restriktionen, zu erklären und vorherzusagen. Es geht also darum, Verhaltensveränderungen als Anpassung an die Veränderungen situativer Bedingungen, also etwa Parteiprogramme, Regierungserfolge etc., zu erklären. Die auf das Wahlverhalten wirkenden Einflüsse werden zunächst nicht unmittelbar beim Wähler selbst gesucht. Allerdings betrachtet man auch im Rahmen des rationalistischen

Ansatzes die individuelle Wahlentscheidung als Resultat subjektiver Wahrnehmungen externer situativer Bedingungen.

Auch in methodologischer Hinsicht unterscheiden sich rationalistische und nicht-rationalistische Ansätze zur Erklärung des Wählerverhaltens. So gehen weder Lazarsfeld u. a. noch Campbell u. a. von einer allgemeinen Verhaltenstheorie aus. Vielmehr besteht ihr theoretisches Gebäude aus empirischen Verallgemeinerungen über das Wählerverhalten, die aus Einzelbeobachtungen gewonnen wurden. Demgegenüber benützen die Autoren, die von rationalistischen Ansätzen ausgehen, Methoden der Problemlösung, wie sie bisher insbesondere für Wirtschaftswissenschaftler kennzeichnend waren, indem sie das entscheidungslogische Instrumentarium der modernen Wirtschaftstheorie für die Erklärung und Vorhersage politischer Prozesse anwenden. Bei der rationalistischen Theorie des Wählerverhaltens handelt es sich um eine spezielle Variante einer allgemeinen Theorie rationalen Handelns, deren zentrales Axiom das Rationalitätsprinzip ist. Es postuliert, daß Individuen in einer gegebenen Situation diejenige Verhaltensalternative wählen, von der sie den größten Nutzen erwarten. Zudem wird angenommen, daß die Menschen in der Lage sind, ihre Wünsche und Ansprüche zu

¹¹⁾ Vgl. hierzu Jürgen W. Falter/Hans Rattinger, Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politischer System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen 1983, S. 320-421.

ordnen und Verhaltensalternativen entsprechend dieser Präferenzordnung zu bewerten¹²⁾.

2. Grundzüge einer rationalistischen Theorie des Wählerverhaltens

Der erste, der die Implikationen der Annahme rationalen Wahlverhaltens systematisch untersuchte, war der amerikanische Nationalökonom Anthony Downs¹³⁾. In der Downsschen Theorie gibt es zwei Arten von Akteuren: Wähler und Parteien. Das Verhalten dieser Akteure wird durch Annahmen festgelegt, die als Axiome in die Theorie eingehen. Die erste Annahme geht davon aus, daß das Ziel der Parteien darin besteht, Wahlen zu gewinnen, weshalb sie Programme entwickeln, die ihnen helfen sollen, Wählerstimmen zu gewinnen. Die Parteien müssen demzufolge die Präferenzen der Wähler berücksichtigen, wenn sie ihre Stimmen maximieren wollen.

Will eine regierende Partei an der Macht bleiben, so muß sie diejenige Position einnehmen, die den Wünschen der Mehrheit der Wähler entspricht. Die zweite Annahme der Downsschen Theorie ist die, daß sich die Wähler rational verhalten, d. h. durch ihre Wahlentscheidung ihren politischen Nutzen zu maximieren versuchen. Ein Wähler verhält sich dann rational, wenn er für die Partei stimmt, von der er glaubt, daß sie am ehesten seine individuellen Ziele zu realisieren vermag.

Nach Downs fällt der Wähler seine Wahlentscheidung, indem er den Nutzen (d. h. wahrgenommene Vorteile aus staatlichen Leistungen) ermittelt, den ihm jede der in Betracht kommenden konkurrierenden Parteien brächte, wenn sie an die Regierung gelangen würde. Um festzustellen, welche Partei dies ist, stellt er für die Parteien ein Nutzendifferential auf und schätzt die Kosten des Wählens und die Anzahl der Personen, die sich seiner Erwartung nach an der Wahl beteiligen werden. Der Wähler trifft eine Entscheidung, indem er die erwarteten künftigen Leistungen der konkurrierenden Parteien vergleicht. Er überlegt, was die Parteien tun würden, wenn sie an der Regierung wären. Um eine Vorstellung darüber zu haben, was eine Partei in

der Zukunft tun wird, vergleicht der Wähler das, was die Regierungspartei in der abgelaufenen Legislaturperiode in seinen Augen getan hat, mit dem, was seiner Meinung nach die Oppositionsparteien getan hätten, wenn sie an der Regierung gewesen wären. Ist sein derart ermitteltes Parteidifferential ungleich Null, d. h. erwartet er, daß eine bestimmte Partei an der Regierung für ihn vorteilhaft ist, so schätzt er, wie knapp der Ausgang der Wahl sein wird. In der Regel wählt er die Partei, von deren Regierungstätigkeit er sich den größten Vorteil verspricht. Ist sein Parteidifferential gleich Null, weil er zwischen den Parteien keinen Unterschied wahrnimmt, so wählt er nicht. In einem Mehrparteiensystem ermittelt der Wähler zudem die Wahlabsichten der anderen Wähler, um so die Chancen der von ihm bevorzugten Partei zu bestimmen. Hat die präferierte Partei keine Chance, alleine die Wahl zu gewinnen, so zieht der rationale Wähler unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit in Betracht, für eine andere Partei als die Partei erster Wahl, also für das „geringste Übel“ zu stimmen, um so entweder seine Partei doch noch an die Macht zu bringen oder um zu verhindern, daß eine von ihm abgelehnte Partei die Wahl gewinnt.

Aufgrund des Umstandes, daß die individuellen Präferenzen der Wähler in der Regel stabiler sind als die Restriktionen, werden in der rationalistischen Theorie des Wählerverhaltens daher Wandlungen im politischen Verhalten durch Änderungen der Restriktionen, insbesondere der wahrgenommenen Verschiebungen der Parteipositionen, erklärt. Wenn sich die Präferenzordnung eines Wählers (z. B. Werthaltungen bzw. Bewertungen politischer Streitfragen oder Kandidaten) nicht ändert und er auch keine Veränderungen der Restriktionen wie z. B. eine Kurskorrektur einer Partei feststellt, ändert sich auch nichts an seiner Leistungsbewertung der Parteien. Eine Person nimmt eine solche neue Abschätzung nur dann vor, wenn sie eine Veränderung des Handlungsraumes wahrnimmt. Entscheidend für die Verwendung des rationalistischen Ansatzes in der empirischen Wahlforschung ist nun die Identifikation derjenigen Situationsbestandteile, die als Veränderungen des wahrgenommenen Handlungsraumes zu Veränderungen des Wahlverhaltens führen. Eine besondere Rolle fällt dabei wirtschaftlichen Indikatoren wie Inflationsraten, Arbeitslosenzahlen oder Wachstumsraten als Maßstäben erfolgreicher Regierungstätigkeit zu. Dies rührt nicht etwa daher, daß den Individuen allein wirtschaftliche Motive unterstellt würden, sondern vielmehr daher, daß diese Indikatoren besonders gut dokumentiert und leicht meßbar sind.

¹²⁾ Es gilt zu beachten, daß ein so verstandener Begriff von Rationalität vom Alltagssprachlichen Gebrauch beträchtlich abweicht! Vgl. zur Rationalitätskonzept u. a. William H. Riker/Peter C. Ordeshook, *An Introduction to Positive Political Theory*, Englewood Cliffs, N. J., 1973; Reinhard Zintl, *Ökonomisches Rationalitätskonzept und normorientiertes Verhalten*, in: Erik Boettcher/Philipp Herder-Dorneich/Karl-Ernst Schenk (Hrsg.), *Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie*, Bd. 5, Tübingen 1986, S. 227-239.

¹³⁾ Anthony Downs, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen 1968.

Die Theorie des rationalen Wählerverhaltens geht weiter davon aus, daß Wähler nur über unvollkommene Informationen verfügen, d. h. daß rationale Wähler nur unzulänglich und in der Regel schlecht über die Regierungstätigkeit und ihre Folgen sowie über die Positionen der Parteien unterrichtet sind. Der Wähler ist im allgemeinen unzureichend darüber informiert, welche Mittel geeignet sind, seine politischen Ziele zu erreichen und wie sich die Parteien und die anderen Wähler verhalten werden.

Da nun die Kosten der Informationsbeschaffung über komplexe Zusammenhänge hoch sind, besteht die Tendenz, sich die Informationskosten zu ersparen und die Regierungspartei für ungünstige Entwicklungen verantwortlich zu machen. Um dem Wähler Beurteilungen aufgrund von wenig Informationen zu ermöglichen, bemühen sich die Parteien daher, die Komplexität politischer Zusammenhänge zu reduzieren, indem sie Ideologien bereitstellen.

V. Grenzen der verschiedenen Erklärungsmodelle

Die empirische Wahlforschung hat gezeigt, daß die Theorie rationalen Wählerverhaltens eine ganze Reihe von Phänomenen erklären kann. Dennoch gibt es Vorgänge, die mit der Theorie rationalen Handelns schwer in Einklang zu bringen sind. So kommt die Theorie rationalen Wählerverhaltens beispielsweise zu dem Ergebnis, daß es für einen Wähler rational wäre, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Der Grund ist der, daß der Wähler berücksichtigt, ob seine Stimme das Wahlergebnis überhaupt beeinflußt. Ist die Wählerschaft sehr groß, so ist aber die Chance, daß seine Stimme das Wahlergebnis beeinflußt, kaum wahrnehmbar, was Wahlenthaltung zur Folge hat. Tatsächlich jedoch gehen viele Menschen zur Wahl. Dieses Problem hat viele Wissenschaftler beschäftigt. Bis heute ist es jedoch niemandem gelungen, die hohe Wahlbeteiligung in den westlichen Demokratien mit Hilfe der Theorie rationalen Handelns zu erklären¹⁴⁾. Auch kann Downs nicht erklären, warum eine Person eine Partei wählt, die überhaupt keine Chance hat, die Wahl zu gewinnen.

Die im soziologischen Erklärungsansatz und im Ann Arbor-Modell zur Erklärung von Wählerverhalten herangezogenen Größen wie Schichtzugehörigkeit, Konfession oder Parteiidentifikation beeinflussen, wie wir oben gesehen haben, die Präferenzen der Wähler. Die soziologische Theorie geht z. B. davon aus, daß ähnliche soziale Bedingungen ähnliche Präferenzen zur Folge haben und damit

auch ähnliches Wählerverhalten hervorgerufen wird. Damit gelingt diesen Theorien unterschiedliches Wahlverhalten auch dann zu erklären, wenn der Handlungsspielraum der einzelnen Wähler gleich ist. Man kann somit festhalten, daß diese Modelle Aspekte des Wählerverhaltens erfassen können, die außerhalb des Erklärungsbereichs der rationalistischen Ansätze liegen. Andererseits blenden die beiden erstgenannten Erklärungsmodelle Veränderungen des Handlungsspielraums der Individuen aus, d. h. sie vermögen nicht, unterschiedliches Wahlverhalten bei unterschiedlichen Restriktionen befriedigend zu erklären¹⁵⁾. Aus dieser Perspektive betrachtet, handelt es sich beim rationalistischen Erklärungsmodell folglich nicht um eine grundlegende Alternative, sondern eher um eine Ergänzung des soziologischen und insbesondere des sozialpsychologischen Ansatzes¹⁶⁾.

¹⁵⁾ Vgl. Gebhard Kirchgässner. Können Ökonomie und Soziologie voneinander lernen?. in: *Kyklos*, 33 (1980), S. 420-448.

¹⁶⁾ Nicht alle in der Wahlforschung auftauchenden Erklärungsmodelle konnten hier vorgestellt werden. So mußte aus Platzgründen auf eine Darstellung der französischen, von André Siegfried am Anfang dieses Jahrhunderts entwickelten Wahlgeographie und der aus den dreißiger Jahren stammenden „politischen Ökologie“ Rudolf Heberles ebenso verzichtet werden, wie auf die von Elisabeth Noelle-Neumann vorgelegte, jedoch nach wie vor in der Wahl- und Kommunikationsforschung stark umstrittene Theorie der Schweigespirale, d. h. des Einflusses des von den Massenmedien produzierten Meinungsklimas auf das Wahlverhalten. Vgl. zu den älteren Ansätzen Nils Diederich, *Empirische Wahlforschung. Konzeptionen und Methoden im internationalen Vergleich*, Köln—Opladen 1965 und, insbesondere als Einführung in die empirische Wahlforschung empfehlenswert, Wilhelm Bürklin, *Wählerverhalten und Wertewandel*, Opladen 1988.

¹⁴⁾ Siehe hierzu A. Downs (Anm. 13), S. 35-49, 255-271; Gordon Tullock, *Towards a Mathematics of Politics*, Ann Arbor 1967, S. 110ff.

Deutschland im Übergang: Parteien und Wähler vor der Bundestagswahl 1990

I. Vorbemerkung

Die kommende Bundestagswahl 1990, die am 2. Dezember stattfinden wird, ist eine Wahl des Übergangs. Durch den Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten ist sie weder eine herkömmliche Bundestagswahl noch bereits eine gesamtdeutsche Wahl im Sinne einer Wahl in einem gewachsenen Gesamtstaat. Ihr Charakter als Wahl des Übergangs wird auch nicht davon berührt, daß am Tag der Wahl die DDR bereits der Bundesrepublik beigetreten sein wird. Trotzdem wird sich diese Wahl für die Bundesbürger, genaugenommen, kaum von den bisherigen Bundestagswahlen unterscheiden; allenfalls könnten Parteien, die es bisher nur in der DDR gibt (wie z. B. die PDS), auch im Westen gewählt werden. Selbst wenn für die Bundesbürger im Westen Deutschlands die politischen Probleme der DDR und die Folgen der Vereinigung im Bewußtsein noch zu weit entfernt sind, um diese zumindest der Perspektive nach in eine Art gesamtdeutschen Wahlverhaltens einzubringen, findet diese Wahl dennoch unter dem Eindruck dieser Vereinigung statt. Das Erscheinungsbild der Politiker und der Parteien sowie die politische Tagesordnung in der Bundesrepublik werden

nachdrücklich durch den Einigungsprozeß geprägt, der im Sommer 1989 mit der Massenflucht von Bewohnern der DDR über Ungarn und die damalige CSSR einsetzte und mit der Öffnung der Mauer am 9. November einen besonderen, symbolträchtigen Höhepunkt erreichte.

Eine Vorausschau auf die Bundestagswahl muß sowohl den Verlauf dieser Legislaturperiode als auch die politischen Ereignisse und Trends berücksichtigen, die sich in den Ergebnissen der verschiedenen politischen Wahlen, insbesondere der Landtagswahlen, ausgedrückt haben. In ihrer Analyse der Landtagswahlen 1987/88¹⁾ hatten die Verfasser ausgeführt, daß Landtagswahlen wie auch alle anderen sogenannten Nebenwahlen²⁾ in der Wahrnehmung der Wähler nur eine geringe eigenständige politische Bedeutung haben, wodurch die Wechselbereitschaft erhöht wird und die Gründe für die Wahlentscheidung nachdrücklich individualisiert werden. Die Entwicklung zur deutschen Einheit hat der Vielzahl der Einflußgrößen, die das politische Klima einer Legislaturperiode prägen, nun noch weitere Elemente hinzugefügt.

II. Die politische Entwicklung seit der Bundestagswahl 1987

1. Die Landtagswahlen seit 1987

Seit der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 sind in zehn der elf Bundesländer neue Landesparlamente gewählt worden, die Landtagswahl in Bayern steht am 14. Oktober noch bevor. In Schleswig-Holstein wurde zweimal gewählt, weil es nach dem Patt vom 13. September 1987 unter dem Eindruck der Barschel-Affäre am 8. Mai 1988 zu einer weiteren Wahl kam. In Hessen fand die ohnehin für 1987

geplante Wahl ein halbes Jahr früher statt, weil nach dem Scheitern der rot-grünen Koalition bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen eine neue Regierung nicht gebildet werden konnte. Auch in Hamburg kam es schon ein halbes Jahr nach der letzten Bürgerschaftswahl zur erneuten Wahl, weil nach der Wahl im November 1986 eine Regierungsbildung nicht gelungen war.

Mit Ausnahme der Landtagswahl in Hessen, der ersten Wahl nach der Bundestagswahl, und der Wahl in Nordrhein-Westfalen gab es für die CDU bei allen Wahlen Verluste, die in Bremen, bei beiden Wahlen in Schleswig-Holstein, in Berlin und in Rheinland-Pfalz deutlich ausfielen (vgl. Tabellen 1 und 2). Die Gründe für die Verluste der Union sind

¹⁾ Max Kaase/Wolfgang G. Gibowski, Die Landtagswahlen 1987/88, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 30–31/88, S. 3–18.

²⁾ Vgl. Karlheinz Reif, Nationale Regierungsparteien verlieren die Wahl zum Europäischen Parlament 1984, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, (1984)3, S. 343–345.

Tabelle 1: Wahlergebnisse 1987–1990: Parteianteile in Prozent

	Wahlbe- teiligung in Prozent	CDU ¹⁾	SPD	FDP	GRÜNE	REP	Sonstige
Bundestagswahl 25. Januar 1987	84,4	44,3	37,0	9,1	8,3	—	1,4
Hessen 5. April 1987	80,3	42,1	40,2	7,8	9,4	—	0,5
Rheinland-Pfalz 17. Mai 1987	77,0	45,1	38,8	7,3	5,9	—	2,9
Hamburg 17. Mai 1987	79,5	40,5	45,0	6,5	7,0	—	1,0
Bremen 13. September 1987	75,6	23,4	50,5	10,0	10,2	—	5,8
Schleswig-Holstein 13. September 1987	76,6	42,6	45,2	5,2	3,9	—	3,0
Baden-Württemberg 20. März 1988	71,8	49,0	32,0	5,9	7,9	—	5,2
Schleswig-Holstein 8. Mai 1988	77,4	33,3	54,8	4,4	2,9	—	4,6
Berlin 29. Januar 1989	79,6	37,7	37,3	3,9	11,8	7,5	1,7
Saarland 28. Januar 1990	83,2	33,4	54,4	5,6	2,6	3,3	0,6
Niedersachsen 13. Mai 1990	74,9	42,0	44,2	6,0	5,5	1,5	0,8
Nordrhein-Westfalen 13. Mai 1990	71,8	36,7	50,0	5,8	5,0	1,8	0,7

¹⁾ Bundestagswahl: CDU/CSU

dabei recht vielfältig. Abnutzungserscheinungen dort, wo die CDU alleine oder mit der FDP regiert(e), überlagerten sich zum Teil mit koalitionspolitisch zu erklärenden Verlusten an die FDP; hinzu kamen jeweils noch landesspezifische Gründe. Der dramatische Absturz der CDU in Schleswig-Holstein von 49,0 Prozent im März 1983 auf zunächst 42,6 Prozent und schließlich auf 33,3 Prozent erscheint besonders spektakulär, ist jedoch zumindest bezüglich des Rückgangs von 1987 auf 1988 auf die Barschel-Affäre zurückzuführen. In Berlin erklären sich die Verluste der CDU teilweise aus dem plötzlichen Auftreten der Republikaner; in Rheinland-Pfalz – wie übrigens auch in Schleswig-Holstein – hatte die CDU 1983 von der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl profitiert und so ein besonders hohes Niveau erreicht. In Hamburg war der Rückgang der CDU praktisch ausschließlich der FDP zugute gekommen, weil viele CDU-Wähler versucht hatten, über eine Stimmabgabe für die FDP die gemeinsamen Stimmenanteile des bürgerlichen Lagers zu optimieren. Damit kam die FDP zwar wieder in die

Bürgerschaft, zu einer gemeinsamen Mehrheit mit der CDU reichte es dennoch nicht. Auffällig sind aber auch die Verluste der CDU in Bremen und im Saarland, wo die Partei in der Opposition so wenig überzeugend agierte, daß trotz des starken Stimmenpolsters der SPD keine Verbesserung gelang; in diese Kategorie schwacher CDU-Ergebnisse gehört, genaugenommen, auch das Abschneiden der Partei in Nordrhein-Westfalen, da der Verbesserung von 0,2 Prozentpunkten bei schwacher Ausgangsbasis bestenfalls symbolische Bedeutung zukommt.

Das Abschneiden der FDP bei Landtagswahlen ist jeweils unter der gültigen Koalitionsperspektive zu sehen. Dort, wo die Liberalen Koalitionen mit der CDU bilden wollten und eine alleinige CDU-Mehrheit nicht mehr gewährleistet war, so in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, gingen Stimmengewinne der FDP ebenso zu Lasten der CDU wie in Hamburg, wo schließlich die gemeinsame Mehrheit mit der CDU doch nicht zustande kam; dies gilt bedingt auch in Hessen, wo beide Parteien gemein-

Tabelle 2: Wahlergebnisse 1987–1990: Differenzen zur Vorwahl

	Wahlbe- teiligung in Prozent	CDU ¹⁾	SPD	FDP	GRÜNE	REP	Sonstige
Bundestagswahl 25. Januar 1987	-4,7	-4,5	-1,2	+2,1	+2,7	—	+1,0
Hessen 5. April 1987	-3,2	+2,7	-6,0	+0,2	+3,5	—	-0,3
Rheinland-Pfalz 17. Mai 1987	-13,4	-6,8	-0,8	+3,8	+1,4	—	+2,4
Hamburg 17. Mai 1987	+1,7	-1,4	+3,3	+1,7	-3,4	—	-0,2
Bremen 13. September 1987	-4,1	-9,9	-0,8	+5,4	+2,4	—	+2,8
Schleswig-Holstein 13. September 1987	-8,2	-6,4	+1,5	+3,0	+0,3	—	+1,5
Baden-Württemberg 20. März 1988	+0,6	-2,9	-0,4	-1,3	-0,1	—	+4,7
Schleswig-Holstein 8. Mai 1988	+0,6	-9,3	+9,6	-0,8	-1,0	—	+1,6
Berlin 29. Januar 1989	-4,0	-8,7	+5,0	-4,5	+1,1	+7,5	-0,4
Saarland 28. Januar 1990	-1,8	-3,9	+5,2	-4,4	+0,1	+3,3	-0,4
Niedersachsen 13. Mai 1990	-2,4	-2,3	+2,1	0,0	-1,6	+1,5	+0,3
Nordrhein-Westfalen 13. Mai 1990	-3,4	+0,2	-2,1	-0,2	+0,5	+1,8	-0,1

1) Bundestagswahl: CDU/CSU

sam einen knappen Sieg errangen. Jedenfalls sind — ganz im Sinne der mancherorts so in Mißkredit geratenen Lagertheorie — die Gewinne der Liberalen in den Landtagswahlen bis zur ersten Wahl in Schleswig-Holstein sicherlich überwiegend im Zusammenhang mit den Verlusten der CDU zu sehen. In den Landtagswahlen seit 1988 hat allerdings auch die FDP fast nur Verluste zu beklagen. Analysen haben gezeigt, daß hier jeweils spezifische landespolitische Konstellationen ausschlaggebend waren. So riskierte es die FDP im baden-württembergischen Wahlkampf, die Frage der Bonner Koalition zu thematisieren, weil es über Einzelheiten bei der Steuerreform zu Meinungsverschiedenheiten mit dem Bonner Koalitionspartner gekommen war; in Berlin hatte sich die FDP darauf verlassen, daß die vier Jahre zuvor unter besonderen Anstrengungen und unter deutlichem Hinweis auf den möglichen Machtverlust des bürgerlichen Lagers gewonnenen 8,4 Prozent inzwischen überzeugte FDP-Wähler geworden wären — ein bitterer Irrtum. Ähnliches gilt für das Saarland, wo die FDP 1985 ebenfalls von dem Versuch der CDU profitiert hatte, gemeinsam

mit dem Koalitionspartner die Mehrheit des bürgerlichen Lagers zu erhalten.

Bei der SPD verlief die Entwicklung der Stimmenanteile uneinheitlich und war von einer Reihe von Sonderentwicklungen geprägt. In Hessen war die rot-grüne Koalition gescheitert, wobei die hinhaltende Taktik der SPD die Wähler offensichtlich nicht überzeugt hatte. Die Gewinne von Hamburg sind durch den Versuch des linken Lagers zu erklären, die Pattsituation in der Bürgerschaft zu überwinden, während der der SPD eine Koalition mit den GRÜNEN/GAL nicht gelungen war. Im benachbarten Bremen kann man die geringen Verluste der SPD sicherlich mit den Abnutzungserscheinungen einer seit langer Zeit mit absoluter Mehrheit regierenden Partei erklären. Die für bundesdeutsche Verhältnisse ganz außerordentlich hohen Gewinne in Schleswig-Holstein (1988) kamen zweifelsohne durch die Barschel-Affäre zustande. Die Gewinne in Berlin und in Niedersachsen, die in beiden Ländern zum Regierungswechsel zugunsten der SPD führten, können weitgehend mit der Ent-

täuschung früherer CDU-Wähler erklärt werden. Die sehr hohen Zugewinne im Saarland, wo auf hohem Niveau nochmals eine deutliche Verbesserung des Wahlergebnisses gelang, sind als persönlicher Erfolg von Oskar Lafontaine zu werten, dessen Spitzenkandidatur für die Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl 1990 sich damals immer deutlicher abzeichnete.

Die Entwicklung der GRÜNEN ist unter ähnlichen Koalitionsperspektiven im Hinblick auf die SPD zu sehen wie die Veränderungen der FDP im Zusammenhang mit der CDU. Besonders deutlich gilt dies für Hessen sowie unter entgegengesetzten Vorzeichen für Hamburg und Niedersachsen, wo die SPD Stimmen vormals grüner Wähler gewann. Daß die GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen offensichtlich auf Kosten der SPD zum erstenmal in den Landtag kamen, ist auf die besonders starke Position der SPD zurückzuführen, deren Mehrheitsfähigkeit auch bei geringen Verlusten nie ernstlich in Frage gestellt schien.

Die bis heute in der Bundesrepublik zu beobachtende Stabilität im Wählerverhalten, die bisher bei Bundestagswahlen noch nicht und bei Landtagswahlen nur selten zu einem direkten Regierungswechsel geführt hatte, wird durch die Ergebnisse der Landtagswahlen seit 1987, mit Regierungswechseln in Hessen, Schleswig-Holstein, Berlin und Niedersachsen, erheblich in Zweifel gezogen. Die in keiner früheren Legislaturperiode erreichte Zahl der Regierungswechsel stützt Überlegungen Klingemanns, der trotz weiterhin geltender historisch etablierter Bindungen zwischen bestimmten sozialen Gruppierungen und den beiden Volksparteien vermutet, daß aufgrund der allgemeinen Politisierung der Bevölkerung und der damit verbundenen Politisierung der Wahlentscheidungen künftiges Wahlverhalten einem stärkeren Wechsel unterliegen wird als bisher³⁾. Landtagswahlen mit ihrer in der Regel nur geringen eigenständigen politischen Bedeutung eignen sich besonders gut, die steigende Bereitschaft der Bevölkerung zum Wechsel auch in der Stimmabgabe manifest werden zu lassen.

Daneben bestätigen die Trends der CDU-Ergebnisse von 1987 bis 1990 die Befunde Dinkels, der für Regierungsparteien einen zyklischen Verlauf der Popularität behauptet, die kurz nach und kurz vor einer Bundestagswahl zugunsten der amtierenden Bundesregierung besonders ausgeprägt ist und in deren Folge auch die Landtagswahlergebnisse der

Regierungsparteien vergleichsweise besser ausfallen als in der Mitte der Legislaturperiode⁴⁾.

2. Das politische Klima seit der Bundestagswahl 1987

Das Ergebnis der Bundestagswahl von 1987 beließ die Bonner Koalition im Amt und war, trotz des Stimmenrückgangs von insgesamt 2,4 Prozent (der mit -4,5 Prozent ausschließlich zu Lasten der CDU/CSU gegangen war), ein Erfolg der Bundesregierung. Diese Situation bestimmt zunächst die positive Stimmung in der Bevölkerung für die Bonner Regierungsparteien, was der hessischen CDU und FDP dazu verhalf, zum ersten Mal die bis dahin ununterbrochen regierende SPD abzulösen.

Das politische Meinungsklima seit der Bundestagswahl 1987 läßt sich anhand der Ergebnisse der in der Wahlforschung üblichen „Sonntagsfrage“ (Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?) nachzeichnen⁵⁾. Abbildung 1 zeigt daher die repräsentativ gewichteten Ergebnisse der Wahlabsichtsfrage, die in den monatlichen Politbarometer-Untersuchungen der Forschungsgruppe Wahlen (im Auftrag des Zweiten Deutschen Fernsehens) erhoben wurden. Die Prozentuierungen erfolgten auf der Grundlage der Befragten, die auf die Wahlabsichtsfrage eine Partei genannt haben („gültige Stimmen“).

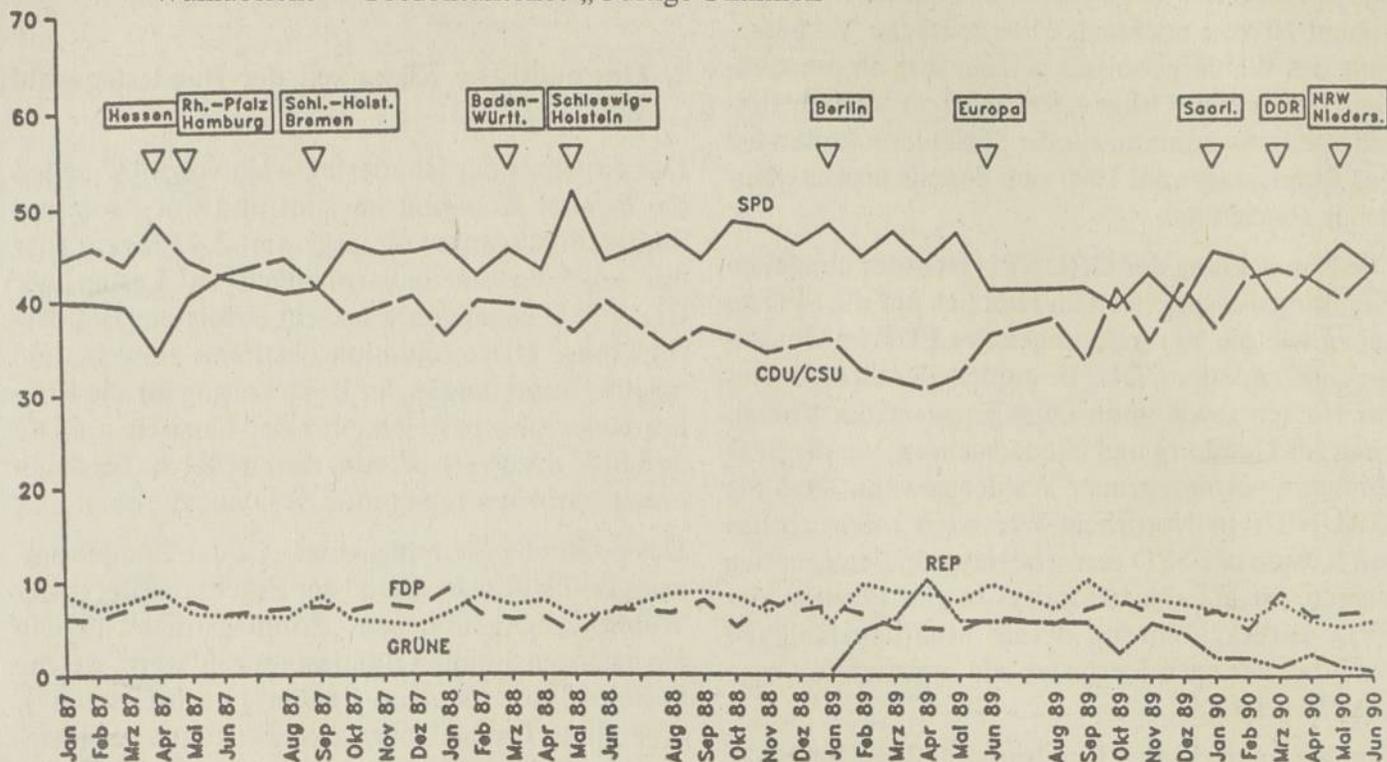
Die Kurvenverläufe von CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN zeichnen die Entwicklung der politischen Stimmungslage in der Bundesrepublik in eindrucksvoller Weise nach. Nach dem für viele Beobachter überraschend guten Abschneiden von CDU und FDP in Hessen endeten die Erfolge und die gute Atmosphäre für die CDU/CSU. Bereits die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im Mai 1987 brachte deutliche Stimmenverluste, obwohl zu dieser Zeit im Meinungsklima die CDU/CSU noch vor der SPD lag. Nach einer Phase der Annäherung von CDU/CSU und SPD plazierte sich die SPD ab Herbst 1987, nach den Landtagswahlen in Schles-

⁴⁾ Vgl. Rainer Dinkel, Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahl-Ergebnissen, in: Max Kaase (Hrsg.), Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1975, in: Politische Vierteljahresschrift, (1977)2/3, S. 348–359; ders., Zur Gesetzmäßigkeit der Trendverschiebungen zwischen Landtags- und Bundestagswahlen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1981)1, S. 135–139.

⁵⁾ Mit den Ergebnissen dieser Frage kann zwar keinesfalls, auch nicht mit Gewichtungen, ein realistisches „Wahlergebnis“ berechnet werden. In der zeitlichen Abfolge der Präferenzverteilungen läßt sich jedoch sehr gut die Stimmungslage der Bevölkerung ablesen. Vgl. Wolfgang G. Gibowski/Max Kaase, Die Ausgangslage für die Bundestagswahl am 25. Januar 1987, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/86, S. 3–19.

³⁾ Vgl. Hans-Dieter Klingemann, West Germany, in: Ivor Crewe/David Denver (Hrsg.), Electoral Change in Western Democracies: Patterns and Sources of Electoral Volatility, London etc. 1985, S. 230–263.

Abbildung 1: Die politische Stimmungslage der Bevölkerung 1987–1990
Wahlabsicht – Prozentanteile: „Gültige Stimmen“



Quelle: Politbarometer – monatliche Befragung von jeweils 1 000 Personen, die repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland sind. Berechnung und Grafik: Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim.

wig-Holstein und Bremen im September, kontinuierlich und zum Teil mit deutlichem Vorsprung vor der CDU/CSU. Die Stimmungslage im Herbst 1987 für die beiden großen Parteien ist vor allem auf die sich damals entwickelnde Barschel-Affäre zurückzuführen. 1988 kamen dann die äußerst kontroversen Reformpläne der Bundesregierung für das Gesundheitswesen sowie für das Steuersystem hinzu, wobei vor allem die Steuerreform unter dem Reizwort „Quellensteuer“ mit ausgesprochenem Schaden für die CDU/CSU diskutiert wurde⁶⁾.

Unter dieser Entwicklung litt zunehmend auch die FDP, deren Stimmenanteil ab Januar 1988 fast immer niedriger eingeschätzt wurde als der der GRÜNEN. Daß in der Phase schwacher politischer Stimmungen zugunsten der beiden Regierungsparteien die Landtagswahl in Baden-Württemberg trotz eines Verlustes von 2,9 Prozent für die CDU und 1,3 Prozent für die FDP mit der Beibehaltung der Regierungsposition für Lothar Späth endete, konnte zumindest für die CDU noch als Erfolg gewertet werden. Die Wiederholung der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Mai 1988 brachte dann allerdings einen ausgesprochenen Stimmungspunkt

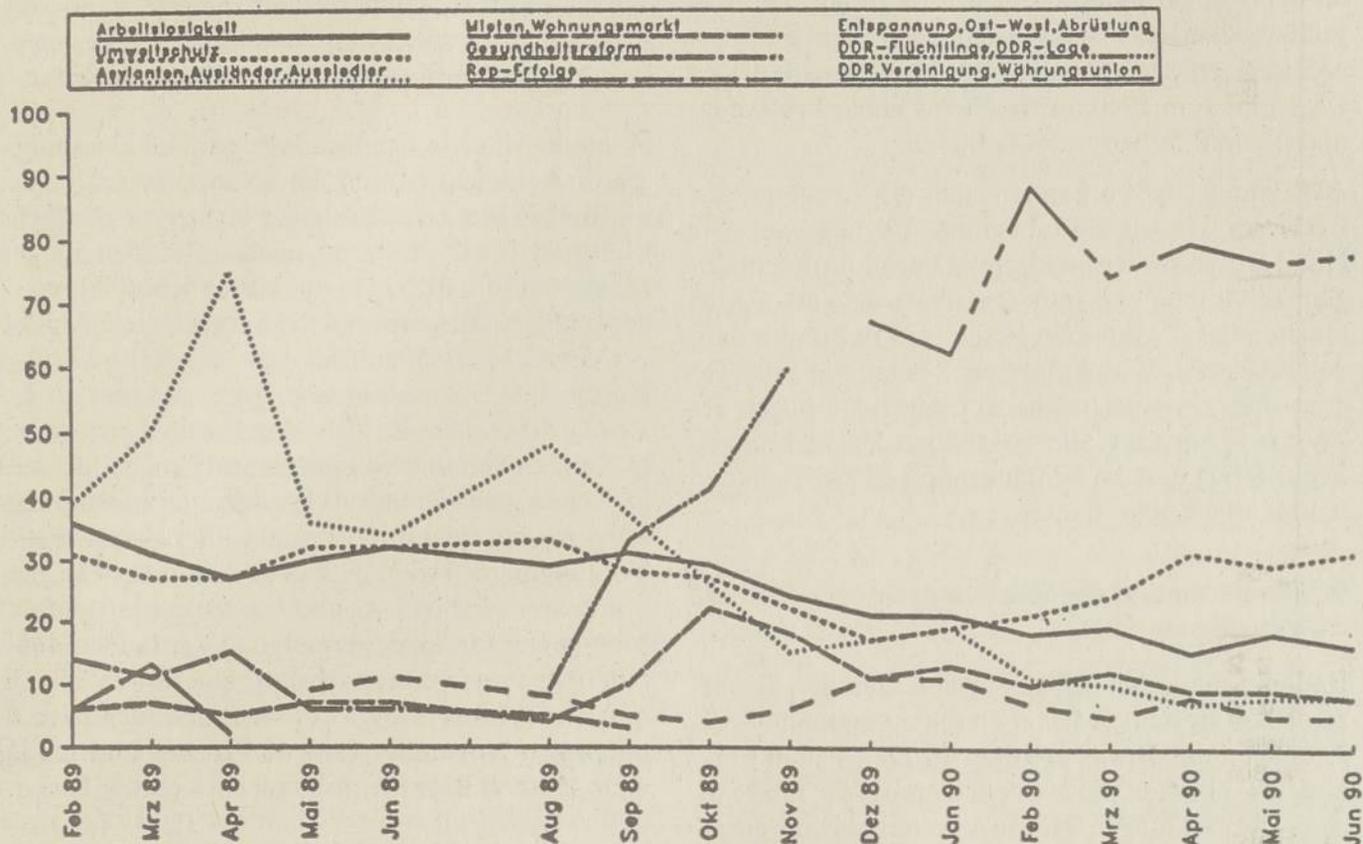
höhepunkt für die SPD in dieser Legislaturperiode. Bei dieser Wahl wurde die seit der Gründung der Bundesrepublik dort ununterbrochen regierende CDU von der SPD mit absoluter Mehrheit abgelöst – ein Signal für den Beginn einer noch schwächeren Phase der CDU/CSU. Auch diese Zeit ist geprägt von der weiterhin heftig diskutierten Steuerreform, insbesondere der Quellensteuer, der Reform des Gesundheitswesens und dem mit der Wahl in Berlin plötzlich aufkommenden Thema der Asylanten und deutschstämmigen Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa.

Das mit dem Wahlergebnis von Berlin überraschende Auftreten der Republikaner machte diese Partei plötzlich auch bundesweit bekannt und führte im April 1989 zu dem demoskopischen Höhepunkt dieser Partei, als die Republikaner vor GRÜNEN und FDP drittstärkste politische Kraft wurden⁷⁾. Dieser Zeitpunkt markiert auch den absoluten Tiefstand der CDU/CSU mit wenig mehr

⁶⁾ Zu Einzelheiten siehe Max Kaase/Wolfgang G. Gibowski, Die Ausgangslage für die Bundestagswahl am 9. Dezember 1990: Entwicklungen und Meinungsklima seit 1987, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 735–785.

⁷⁾ Vgl. Dieter Roth, Sind die Republikaner die fünfte Partei? Sozial- und Meinungsstruktur der Wähler der Republikaner, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/89, S. 10–20; Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, Opladen 1989; Wolfgang G. Gibowski, Wie vom Winde verweht, in: Rheinischer Merkur vom 1. Juni 1990; Franz Urban Pappi, Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/90, S. 37–44.

Abbildung 2: Wichtigste Probleme 1989–1990
 Prozentanteile alle Befragten



Quelle: vgl. Abbildung 1.

als 30 Prozent der Wählerpräferenzen. Erst die danach eingeleiteten Veränderungen der Regierungspolitik, insbesondere die Rücknahme der umstrittenen Quellensteuer und damit verbunden die Kabinettsreform, ließen die politische Stimmungslage für die CDU/CSU wieder ansteigen, so daß die dritte Direktwahl zum Europaparlament im Juni 1989 bereits in einer Phase der Konsolidierung der Bonner Regierungsparteien, insbesondere der CDU/CSU, stattfand.

Die Europawahl brachte der CDU trotz eines deutlichen Absinkens von 45,9 Prozent auf 37,8 Prozent insofern Auftrieb, als sie entgegen der demoskopischen Situation der vorhergehenden Monate knapp vor der SPD geblieben war, deren Anteil sich von 37,4 Prozent auf 37,3 Prozent verringert hatte. Daß die FDP nach dem knappen Scheitern von 1984 wieder im Europäischen Parlament vertreten war, signalisierte auch für die Liberalen in der Bonner Regierungskoalition eine Verbesserung des Meinungsklimas. Bemerkenswert war jedoch auf jeden Fall, daß trotz des Erfolges der Republikaner, die mit 7,1 Prozent noch besser abgeschnitten hatten als die FDP, für diese Partei in der Folgezeit keine Stimmungsverbesserung sichtbar wurde. Im Ge-

genteil näherte sie sich immer deutlicher der Fünf-Prozent-Linie, um diese dann ab Dezember 1989 systematisch und deutlich zu unterschreiten. Ab dem zweiten Halbjahr 1989 verbesserte sich die Situation der CDU in einem fast regelmäßigen Auf und Ab der Stimmungslagen, so daß die Landtagswahlen 1990 bereits in einem deutlich günstigeren Klima stattfanden. Daß im Saarland dennoch Oskar Lafontaine, wohl auch unter dem Eindruck seiner sich abzeichnenden Kandidatur als Spitzenkandidat für die SPD zur Bundestagswahl 1990, nochmals Stimmenanteile hinzugewann und die CDU auf ohnehin schon niedrigem Niveau noch weiter verlor, ist eher mit regionalen Faktoren zu erklären und beeinflusste die Bundesstimmung nicht nachhaltig. Selbst die als Erfolg der SPD zu wertenden Wahlausgänge in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen – immerhin gelang es in Niedersachsen SPD und GRÜNEN, die bisherige CDU-FDP-Koalition abzulösen – hatten offensichtlich keinen anhaltenden negativen Einfluß auf die Stimmungslage zugunsten der CDU/CSU.

Im Juni 1990, kurz vor der Sommerpause, lagen dann SPD und CDU/CSU in der politischen Stimmung der Bevölkerung gleichauf, während die FDP

sich wieder knapp vor die GRÜNEN geschoben hatte — ein Bild, das dem Wahlergebnis beider Parteien bei der Bundestagswahl 1987 ähnelt. Die Republikaner hatten sich in leichten Wellenbewegungen immer deutlicher der Null-Linie genähert und waren im Juni 1990 nur noch auf einen Präferenzanteil von 0,5 Prozent gekommen.

Abbildung 1 läßt erkennen, daß die Erholung der CDU im Herbst 1989 beginnt. Es liegt auf der Hand, zu vermuten, daß diese Veränderung in engem Zusammenhang mit dem überraschenden Auftauchen der „Deutschen Frage“ auf der politischen Agenda steht. Wie Abbildung 2 zeigt, wird die Tagesordnung seither tatsächlich nur noch durch ein Thema beherrscht: die politischen Entwicklungen in der DDR und der Einigungsprozeß zwischen den beiden deutschen Staaten.

3. Die Formation der Einstellungen zur deutschen Vereinigung

Bedenkt man, daß selbst — wenn man den diesbezüglichen Berichten Glauben schenken kann — die Phantasie der Berufspolitiker in Deutschland und anderswo immer wieder dem Tempo der tatsächlichen Entwicklung in Sachen Vereinigung hinterhergehinkt ist, so kann nicht überraschen, daß in der Anfangsphase das Bild der öffentlichen Meinung durch eine gewisse Ratlosigkeit und Diffusität gekennzeichnet war. Zu lange war die deutsche Wiedervereinigung schon im Status eines abstrakten Desiderats ohne jegliche Realisierungschance, als daß über konkrete Probleme und mögliche Lösungswege im Zusammenhang mit einer politischen Vereinigung nachgedacht worden wäre, ja es sich gelohnt hätte, darüber nachzudenken. Hinzu kam bei vielen, vor allem bei jüngeren Menschen, nicht zuletzt auf dem Hintergrund der stetig voranschreitenden Westintegration der Bundesrepublik und einer nach wie vor tiefen Ambivalenz im Umgang mit der geschichtlichen Wahrheit des Nationalsozialismus, eine aktive Zustimmung zur Realität zweier Staaten einer Nation mit unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen.

Als die Forschungsgruppe Wahlen im Oktober 1989, veranlaßt durch die beginnende Öffnung der politischen Grenzen im westlichen Osteuropa, erstmals seit längerem wieder nach der Einstellung gegenüber der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten fragte, äußerten sich drei Viertel der Wahlbürger positiv. Diese Zustimmung hat sich bis zum Juni 1990 leicht, aber kontinuierlich auf über 80 Prozent erhöht, wobei — sieht man von den Anhängern der GRÜNEN ab, die sich

allerdings dem Trend auch nicht völlig entziehen konnten — der Umstand besonders interessant ist, daß sich im zeitlichen Verlauf diese Zustimmung zwischen den restlichen Wählergruppen zunehmend homogenisierte, also an Strittigkeit verlor.

Heute existiert in der Bundesrepublik keine politische oder sozialstrukturelle Gruppe mehr, in der die Befürworter der Einigung nicht eine deutliche Mehrheit besäßen, wenn auch unter den jungen Menschen (bis 40 Jahre) mit hoher Schulbildung — unter diesen Bürgern sind bekanntlich viele Anhänger der GRÜNEN zu finden — die Befürwortung immer noch *relativ* am geringsten ausgeprägt ist. Dort waren auch die den Vereinigungsprozeß begleitenden Gefühle von Angst und Freude fast ausgeglichen, ganz anders als bei den älteren Bildungsbürgern, bei denen die Freude über die mögliche Vereinigung bei weitem überwog. Auf dem Hintergrund von Ambivalenz und Unstrukturiertheit der Meinungen (an eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den „nächsten zehn Jahren“ glaubten: im Oktober 1989 28 Prozent der Wahlberechtigten, im November 1989 48 Prozent und im Januar 1990 68 Prozent) fokussierte sich die Diskussion zunächst im wesentlichen auf die Frage nach dem optimalen Verlauf des Vereinigungsprozesses, und hier vor allem auf das Problem der Schnelligkeit, in der der Prozeß vonstatten gehen sollte. Im Januar 1990 waren die Auffassungen zu dieser Frage zwischen den drei Alternativen zu schnell, zu langsam und gerade richtig mit ca. einem Drittel fast gleich verteilt, und zwar gleichermaßen bei den Anhängern aller Parteien. Bis zum Mai 1990 war es dann allerdings Oskar Lafontaine gelungen, in dieser Frage eine Polarisierung zwischen Regierungs- und Oppositionslager herbeizuführen und für seine Politik zunächst eine deutliche Mehrheit zu gewinnen (42 Prozent für Lafontaine zu 29 Prozent für Kohl).

Mit seinem Zaudern in der Frage der Kanzlerkandidatur, der die Uneinigkeit der SPD in dieser Frage bloßstellenden Diskussion über den ersten Staatsvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR und dessen erfolgreicher parlamentarischer Verabschiedung sowie mit der darauf folgenden Einführung der DM in der DDR wurden entscheidende Weichenstellungen für den deutschen Vereinigungsprozeß vorgenommen, viele der vorhandenen Ambivalenzen durch die tatsächliche Entwicklung gedämpft (zumindest vorerst neutralisiert) und — darüber liegen uns noch keine genauen Daten vor — mit den Abmachungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesregierung vom 14. bis 16. Juli über die außen- und militärpolitische Einbettung

des neuen gesamtdeutschen Staates ein Schlußpunkt bezüglich der Einigungsdiskussion gesetzt, der in der Sache nur noch kleinere Korrekturen und Anpassungen notwendig erscheinen läßt. Bedenkt man, daß schon im Mai⁸⁾ ca. zwei Drittel der Wahlbürger in der Bundesrepublik, d. h. notwendigerweise auch viele Anhänger der Oppositionsparteien, der Union die Kompetenz für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zusprachen, und bezieht man den weiteren, für die Bundesregierung sehr positiven Verlauf des Vereinigungsprozesses in die Betrachtung ein (schon im Juni fand Kohl für seine Politik eine Mehrheit unter den Wahlberechtigten), so muß außer Frage stehen, daß dieser Prozeß in der Bundesrepublik die Wahlchancen der beiden Regierungsparteien stark fördert, zumal die Dominanz der dabei zu lösenden wirtschaftlichen Probleme notwendigerweise deren wirtschaftspolitischen Kompetenzvorsprung (und damit -vorschub) aktiviert – vorausgesetzt natürlich, daß keine gravierenden wirtschaftlichen Probleme bis zur Wahl im Gefolge des Einigungsprozesses eintreten oder absehbar werden (dazu später mehr). Für das Gebiet der DDR liegen zwar keine vergleichbaren Verlaufsdaten vor, doch deuten bekanntgewordene Umfrageergebnisse für die Zeit nach der Einführung der DM⁹⁾ darauf hin, daß trotz aller offensichtlichen Probleme auch in der DDR vorsichtiger Optimismus in bezug auf die Zukunft herrscht, von dem CDU und Liberale dort bei der Bundestagswahl ebenfalls profitieren müßten. Wenn also zur Zeit die politische Agenda durch eine hohe Themendominanz und -homogenität mit eindeutigen Vorteilen für die Bonner Regierungsparteien gekennzeichnet ist, kann sich daran dennoch das eine oder andere ändern. Somit stellt sich die Frage, ob mögliche Akzentverschiebungen in der Agenda schon jetzt absehbar sind.

Hier tauchen zum einen politische Probleme auf, die schon seit langer Zeit in der Bundesrepublik kontrovers diskutiert werden: Schwangerschaftsabbruch, die Etablierung plebiszitärer politischer Elemente in der Verfassung, die Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips durch ein Recht auf Arbeit und die (Übergangs-)Subventionierung veralteter Industrien. Diese Themen werden, sollten sie im Wahlkampf überhaupt an Bedeutung gewinnen, in erster Linie etablierte Parteiloyalitäten bei Anhängern von Regierung und Opposition stabilisieren, jedoch kaum so viel Kraft entfalten, daß über sie politische Gewichte (im Sinne von Wählerstimmen)

⁸⁾ Vgl. Der Spiegel, Nr. 22 vom 28. Mai 1990, S. 44.

⁹⁾ Zitiert nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Juli 1990, S. 2.

nennenswert verändert werden. So sehen wir zur Zeit nur einen Bereich, über den bis zur Wahl, dann allerdings in erheblichem Umfang, Parteipräferenzverteilungen berührt werden: die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR und, damit eng verknüpft, auch in der Bundesrepublik.

In diesem Zusammenhang sind seit Beginn des Einigungsprozesses die unterschiedlichsten Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen in der Öffentlichkeit geäußert worden, wobei auch die Experten einmal mehr eher abweichende als ähnliche Akzentsetzungen vorgenommen haben. Immerhin scheint sich in der öffentlichen Diskussion inzwischen ein gewisser Konsens darüber eingestellt zu haben, daß bei der Vereinigung kurzfristig die Probleme dominieren werden und seitens der Bevölkerung der Bundesrepublik dafür auch Nachteile in Kauf genommen werden müssen, daß aber auf mittlere bis lange Sicht alle Beteiligten aus diesem Einigungsprozeß erhebliche Vorteile ziehen werden. Auf diesem Hintergrund sind Ergebnisse von drei Fragen von Interesse, welche die Forschungsgruppe Wahlen seit Februar 1990 an die Wahlbevölkerung der Bundesrepublik gestellt hat. Erhoben wurde, ob man eher Vor- oder Nachteile aus der deutschen Vereinigung erwarte, welches die kurzfristigen Nachteile konkret seien, und ob es Unterschiede zwischen den Entwicklungen „der nächsten Zeit“ und „auf lange Sicht“ gebe.

Diese Daten lassen sich zu drei Kernbefunden zusammenfassen. Zunächst einmal überwiegt *kurzfristig* die Erwartung von Nachteilen durch die Vereinigung bei weitem, ohne erkennbare Veränderungen im zeitlichen Verlauf; diese Nachteile werden fast ausschließlich im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich gesehen. Zweitens überwiegt, mit noch größerem Abstand, unter *langfristiger* Perspektive zur Zeit die Erwartung von Vorteilen durch die Vereinigung. Und drittens schließlich kann bestenfalls von einer milden Unterschiedlichkeit in der Bewertung durch die Anhänger der großen Parteien, um die es hier in erster Linie geht, gesprochen werden. Diese Divergenzen haben sich zwar im Verlauf der Frühjahrsdebatte über den Staatsvertrag etwas verschärft, beziehen sich aber eher auf die kurzfristige als auf die langfristige Einschätzung der gesehenen Probleme.

Insgesamt kann nach dem augenblicklichen Kenntnisstand also nicht damit gerechnet werden, daß bei einigermaßen ruhigem Verlauf des Einigungsprozesses bis zur gesamtdeutschen Bundestagswahl aus dem Bereich der Einigungsbelastungen entscheidende Impulse ausgehen werden, welche die Position der Regierungsparteien nachhaltig schwächen

und die der Oppositionsparteien ebenso nachhaltig stärken werden. Dieses Bild kann sich bei der allgemeinen Situationsunsicherheit natürlich sehr schnell ändern, wenn gravierende soziale und wirtschaftliche Probleme in der DDR und/oder der Bundesrepublik entstehen.

In der DDR war das Stimmungsbild gegenüber der deutschen Vereinigung übrigens schon zum Zeitpunkt der Volkskammerwahl am 18. März 1990 recht eindeutig und hat sich bis heute kaum verändert: Damals wie heute votieren über 90 Prozent für die Vereinigung, wobei auch ca. 80 Prozent der PDS-Anhänger diese Meinung teilen, und nach wie vor ist vielen das Tempo der Vereinigung etwas zu schnell, wobei die Anhänger der Allianz für Deutschland mehrheitlich mit der Geschwindigkeit des Vereinigungsprozesses einverstanden sind. Die Einführung der DM wurde von Anfang an von über 90 Prozent der Befragten für gut gehalten, eine

Meinung, der sich auch die PDS-Anhänger mit großer Mehrheit angeschlossen haben. Insgesamt überwog bisher zu jedem Zeitpunkt die Auffassung, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten – selbst dann, wenn sie kurzfristig zu Nachteilen führen mag – auf lange Sicht eher Vorteile bringt. Dies drückt sich auch in der Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage aus, die Ende Juni/Anfang Juli von nur 1,5 Prozent aller in der DDR Befragten für gut gehalten wurde, während gleichzeitig 73 Prozent davon ausgingen, daß die wirtschaftliche Lage in einem Jahr besser sein würde, und nur neun Prozent eine Verschlechterung erwarteten. Insgesamt ist die Situation in der DDR seit der Wahl vom 18. März durch einen vorsichtigen Optimismus geprägt. Insofern war es auch keine Überraschung, daß das Abschneiden der Parteien bei den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 dem bei der Volkskammerwahl beobachtbaren Muster folgte¹⁰⁾.

III. Zur Entwicklung des deutschen Parteiensystems

Die kommende Bundestagswahl bringt für die Bundesrepublik eine wichtige historische Periode zum Abschluß, in der die von Konrad Adenauer gesteuerten Grundsatzentscheidungen für die soziale Marktwirtschaft und für die wirtschaftliche wie militärische Westintegration diesem Land eine klare Entwicklungsperspektive und nach großen Schwierigkeiten letztlich auch eine eigenständige gesellschaftlich-politische Identität gegeben haben. Ähnliche Ambivalenzen über das Gesicht des zukünftigen Deutschland, wie sie im Augenblick von vielen benachbarten Nationen empfunden und – erfreulicherweise – offen geäußert werden, bestimmen notwendigerweise angesichts der großen Entwicklungsunsicherheiten im einzelnen auch die Gefühle der Bürger von Bundesrepublik wie DDR gegenüber der Herstellung der staatlichen Einheit. Dabei, das sei am Rande gesagt, geben Sachlichkeit und Distanz der Bürger im Umgang mit dieser Problematik durchaus Anlaß zu Beruhigung.

Dennoch wirft die Zusammenführung der Bevölkerungen beider Staaten, von denen einer fast vollständig 45 Jahre lang unter ganz anderen gesellschaftlichen und politischen Ordnungsvorstellungen mit hoher Homogenität der beteiligten Institutionen sozialisiert worden ist, unter ein Verfassungsdach Probleme und vor allem Fragen auf. Eine dieser Fragen, mit der wir uns im folgenden befassen wollen, bezieht sich auf die möglichen Ein-

flüsse des Vereinigungsprozesses auf das sich danach konstituierende gemeinsame Parteiensystem. Hier ist zunächst einmal an institutionelle Arrangements bezüglich des Wahlrechts zu denken, deren Erörterung sich im Frühsommer 1990 besonderer Popularität erfreute. Diese Diskussion war nicht zuletzt deswegen unerfreulich, weil sie leicht unter Manipulationsverdacht geraten mußte – eine Gefahr, die gerade wegen des hohen Legitimitätsbedarfs des Einigungsprozesses in *beiden* Teilen Deutschlands um jeden Preis vermieden werden sollte¹¹⁾. Es versteht sich von selbst, daß die hier getroffenen Entscheidungen (vor allem: Zahl und Art der Wahleinheiten, Höhe und Geltungsbereich der Sperrklausel) eine erhebliche Bedeutung für die Weiterentwicklung des deutschen Parteiensystems gewinnen werden.

¹⁰⁾ Vgl. Matthias Jung, Parteiensystem und Wahlen in der DDR. Eine Analyse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und der Kommunalwahl vom 6. Mai 1990, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 27/90, S. 3–15.

¹¹⁾ Es hätte nahegelegen, die bisherigen wahlrechtlichen Regelungen für Bundestagswahlen beizubehalten, die sich als ein angemessener Ausgleichsmechanismus zwischen den Zielen der Regierungsstabilität und der parlamentarischen Berücksichtigung von sich neu formierenden und zahlenmäßig beachtlichen Interessen erwiesen haben. Zusätzlich ist zu bedenken, daß der föderalistische Aufbau auch eines Gesamtdeutschlands konstitutionell angemessene Verfahren der Berücksichtigung von Partikularbelangen eröffnet.

Die seit langem in der Bundesrepublik erfolgreich arbeitende empirische Wahlforschung¹²⁾ hat die Konturen und Bedingungen für die Etablierung des jetzigen Parteiensystems in vielen Einzelheiten nachgezeichnet; darauf muß an dieser Stelle nicht rückverwiesen werden. Zu erinnern ist lediglich daran, daß der für viele Demokratien typische Prozeß der modernisierungsbedingten Entstrukturierung (dealignment) — d. h. der partiellen Auflösung klassischer Parteimilieus und sozialstrukturell vermittelter Parteibindungen — auch die Bundesrepublik begrenzt erfaßt hat. Ergebnisse dieses Prozesses sind einerseits die kontinuierliche Erhöhung des vor allem aus der neuen Mittelschicht, aber auch aus der Milieuauflösung stammenden Wechselwählerpotentials und andererseits die Etablierung der GRÜNEN als einer wert- und ideologiegeprägten Milieupartei neuer Art (die sich als „Neue Linke“ vor allem aus dem „Dunstkreis“ der neuen sozialen Bewegungen speist).

Diese spätestens seit der vollen parlamentarischen Repräsentation der GRÜNEN bei der Bundestagswahl 1983 stabile Systemstruktur ist mit den bereits angesprochenen und durchaus spektakulär zu nennenden Wahlerfolgen der rechtsgerichteten Republikaner 1989 zumindest zwischenzeitig ins Wanken geraten. In historischer Perspektive könnte sich herausstellen, daß diese Partei ihre Systemfunktion zumindest insofern erfüllt hat, als sie der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit eine Diskussion über Themen aufgezwungen hat, die von ihr aus mancherlei Gründen gescheut worden ist: die Ausländer- und Asylantenproblematik, Verteilungsgerechtigkeit der wohlfahrtsstaatlichen Transfers, ein vor allem in den Großstädten zusammenbrechender Wohnungsmarkt und nicht zuletzt die Demaskierung eines partiell interessengeleiteten stereotypen Etikettierungsrituals als „rechtsextremistisch“ und „nationalsozialistisch“ für bestimmte Negativerscheinungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Differenzierungsprozesses. Sowohl die Analysen zur sozialstrukturellen Verankerung des Wählerpotentials der Republikaner als auch die Versuche, deren politischen und ideologischen Standort im Parteiensystem der Bundesrepublik eindeutig zu bestimmen, haben zu dem Ergebnis geführt, den Wahlerfolg dieser Partei im wesentlichen als Protestphänomen zu bewerten¹³⁾. Mit dem

schnellen Aufgreifen der Republikaner-Themen durch die etablierten Parteien und durch die Öffentlichkeit 1989 war ohnehin schon zweifelhaft geworden, ob es dieser Partei gelingen würde, die hohe Schwelle für eine dauerhafte Rolle im bundesdeutschen Parteiensystem zu überspringen. Wie bereits ausgeführt, wurde darüber hinaus mit dem Aufkommen der deutschen Frage im Herbst 1989 die politische Tagesordnung derart verändert, daß mit den Themen — sofern sie wie etwa der Wohnungsmarkt nicht bereits institutionalisiert worden waren — auch die elektorale Unterstützung dieser Partei geschwunden ist; schon seit Monaten befindet sie sich in den Politbarometeruntersuchungen am Rande der Meßbarkeit. Unsere Analysen lassen zur Zeit nicht erwarten, daß die Republikaner in das erste gesamtdeutsche Parlament einziehen werden, zumal durch weitläufige interne Parteiqueren auch ihr äußeres Erscheinungsbild erheblich beeinträchtigt ist.

Während also auf der bundesrepublikanischen Seite eher Kontinuität angesagt ist, stellt der Eintritt von ca. 12 Mio. DDR-Wahlberechtigten zumindest die Chance einer erheblichen Veränderung im Parteiensystem dar. Haben sich doch an der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 34 Parteien und Gruppierungen beteiligt, die in 23 Listen und Listenvereinigungen zusammengefaßt waren und von denen zwölf eine parlamentarische Repräsentation erreichen konnten¹⁴⁾. Das kaum erwartete gute Abschneiden der Blockpartei CDU bei dieser Wahl hat natürlich die Öffentlichkeit ungemein beschäftigt. Unter wahlsoziologischer Perspektive ergeben sich daraus mehrere Fragen und Überlegungen. Die genannte Überraschung über das Wahlergebnis war so groß, weil viele — mehr oder minder seriöse — „Wahlprognosen“ bis kurz vor der Wahl die SPD in der Nähe einer Mehrheitsposition gesehen hatten. Diese Vermutung war auch unter struktureller Perspektive durchaus plausibel; denn die SPD hatte bei der von der NSDAP noch einigermaßen unbeeinflussten Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 in den zehn Wahlkreisen, die im wesentlichen das Gebiet der jetzigen DDR repräsentieren, immerhin 35,1 Prozent der Stimmen erreicht, denen

Stimmen (die sich überdies auch noch auf die Wahlberechtigten bezieht) erst mit die Voraussetzung dafür schafft, daß sich Partikularparteien organisatorisch verfestigen können. Die obigen Aussagen beziehen sich im übrigen ausschließlich auf die Wähler, nicht aber auf die Funktionäre der Republikaner.

¹⁴⁾ Vgl. Wahlkommission der DDR (Hrsg.), Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990, Berlin. Für eine ausführliche Analyse dieser Wahl und der DDR-Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 siehe M. Jung (Anm. 10).

¹²⁾ Für eine umfassende Analyse der neueren Entwicklung siehe M. Kaase/H.-D. Klingemann (Anm. 6).

¹³⁾ So zuletzt F. U. Pappi (Anm. 7), S. 44. Um so folgenreicher und problematischer ist die öffentliche Finanzierungspraxis für die Parteien, die mit einem Einsetzen der „Wahlkampfkostenerstattung“ schon bei 0,5 Prozent der gültigen

man noch 15,6 Prozent zurechnen kann (aus damaliger Sicht), die KPD gewählt hatten¹⁵⁾.

Nun läßt sich sicherlich keine mechanische Kontinuität von Parteitraditionen postulieren, wenn wichtige politische Sozialisationsinstanzen wie Parteien und Interessengruppen über eine Periode von rund sechzig Jahren ausfallen und keine Möglichkeit zur Wahl der Partei besteht¹⁶⁾. Dennoch ist das schwache Abschneiden der SPD, die mit der bundesdeutschen SPD als einer modernen, ideologisch weitgehend offenen Massenpartei eng verbunden schien, erklärungsbedürftig, zumal der geringe Katholikenanteil in der DDR (mit ca. sechs Prozent) und der hohe Anteil der Bevölkerung ohne Religionszugehörigkeit auch strukturell an sich ein gutes Wahlergebnis der SPD begünstigt hätten.

Die vorliegenden Daten gestatten, wie schon weiter vorne gesagt, die Schlußfolgerung, daß die Volkskammerwahl im wesentlichen ein Plebiszit über den *schnellen* Vollzug des Einigungsprozesses dargestellt hat. Mit ihrer ambivalenten Position in dieser Frage, die nicht zuletzt durch Oskar Lafontaine hohen Aufmerksamkeitswert erlangt hatte, minderte die SPD ihre grundsätzlich sehr gute Wahlchance entscheidend. Als Regierungspartner in der neuen DDR-Regierung hat sie sich jedoch — wie auch die Liberalen — eine angemessene Plattform für zukünftige Wahlen geschaffen. Die bevorstehenden Vereinigungen der drei westdeutschen Traditionsparteien mit ihren Schwesterorganisationen in der DDR werden diese Situation auch für das Gebiet der DDR verfestigen. Offen bleibt damit die Zukunft der vier Parteigruppen, die in der DDR ebenfalls nennenswerte Wählerunterstützung erhalten haben: die SED-Nachfolgeorganisation PDS, die CSU-gesponserte Deutsche Soziale Union (DSU), die Bauernpartei Demokratische Bauernpartei Deutschlands und (der erstmals bei der Kommunalwahl am 6. Mai kandidierende) Bauernverband sowie die DDR-GRÜNEN.

Man sollte sich vor allzu schnellen historischen Verallgemeinerungen hüten, wenn sie nicht theoretisch fundiert werden können. Dennoch liegt die Parallele zu den ersten Bundestagswahlen von 1949 und 1953 nahe, als sich mit der beginnenden Konsolidierung der Bundesrepublik auch sehr schnell die 1949

noch große Parteienvielfalt entscheidend verminderte, allerdings — das ist in unserem Zusammenhang von Bedeutung — nicht ohne die Unterstützung einer veränderten Sperrklausel, die nun nicht mehr in den Ländern, sondern bundesweit galt. Auf die Situation der DDR umgedeutet, liegt die Schlußfolgerung nahe, daß bei einer günstigen Wirtschaftsentwicklung dort auch über wahlgesetzliche Regelungen hinaus ein Druck zur Konzentration des Parteiensystems entstehen wird, der spätestens 1994 bei der nächsten Bundestagswahl Wirkung zeigen sollte.

Es gibt jedoch guten Grund zu der Annahme, daß dies schon früher geschehen könnte, worüber z. B. die jetzt für den 14. Oktober 1990 vorgesehenen Wahlen für die Landtage der fünf neu gegründeten DDR-Bundesländer einen ersten Aufschluß geben könnten. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands ist bereits in der CDU aufgegangen. Ob sich der Bauernverband an einer nationalen Wahl überhaupt beteiligen wird, ist offen. Die enge Verbindung zwischen DSU und CSU bedeutet auf mittlere Sicht für die DSU zumindest eine organisatorische Stützung. Daß die feinsinnige Logik, die zur Gründung dieser Partei geführt hatte, auch den Wählern überzeugend vermittelt werden kann, darf bezweifelt werden. In Umfragen in der DDR liegt die DSU jedenfalls bezüglich der Frage nach der Wahlabsicht für die Bundestagswahl zur Zeit kontinuierlich bei Werten, die selbst im Falle der Beibehaltung der DDR als eines getrennten Wahlgebietes eine parlamentarische Repräsentation nahezu ausgeschlossen erscheinen lassen. Insgesamt kann also von diesen politischen Kräften kein nachhaltiger Einfluß auf das westdeutsche Parteiensystem erwartet werden — es sei denn über eine längerfristige Repräsentation in den neuen Landesparlamenten der fünf DDR-Bundesländer, die aber auf lange Sicht ebenfalls wenig wahrscheinlich ist (immer vorausgesetzt, daß der Angleichungsprozeß der beiden deutschen Teile in den nächsten Jahren ohne große soziale und politische Konflikte verläuft).

Damit bleibt die Frage nach der Zukunft der PDS zu beantworten, die bei der Volkskammerwahl 16,3 Prozent der gültigen Stimmen und 65 der 400 Mandate gewann. Bedenkt man, in welchem Umfang die PDS in städtischen Gebieten, vor allem in Ost-Berlin, Unterstützung fand, so liegt die Vermutung einer klientelistischen Verschränkung zwischen Partei und Wählern, die in Staats- und Parteipositionen beschäftigt sind bzw. waren, auf der Hand. Mit der politischen Marginalisierung der PDS im Laufe des Vereinigungsprozesses, der eine

¹⁵⁾ Vgl. Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik: Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1986.

¹⁶⁾ Die berichteten höheren SPD-Anteile unter allen Wählern lassen vermuten, daß hier noch solche Sozialisationsinflüsse wirkten.

Delegitimierung dieser Partei angesichts fehlender überzeugender Programmalternativen nach sich ziehen wird, dürfte dieser Verbindung jedoch der Boden entzogen werden. Andererseits kann angesichts der Auflösung der etablierten Interessenmonopole der Mitglieder und Anhänger der Staatspartei (man denke nur an die Ostberliner Akademie der Wissenschaften und die dort beschäftigten ca. 25 000 Personen) auch nicht ausgeschlossen werden, daß die PDS sich zumindest auf mittlere Sicht als Auffangbecken für den sich aus diesem Auflösungsprozeß mit einiger Sicherheit ergebenden Sozialprotest noch halten kann. Auf lange Sicht allerdings besteht ihre Chance, sich im deutschen Parteiensystem festzusetzen, wohl nur darin, sich als radikale Linkspartei zu definieren. Da diese Alternative durch den Demokratisierungsprozeß in den sozialistischen Ländern ideologisch entleert worden ist und die PDS darüber hinaus mit der Einnahme dieser Position in Konkurrenz zu den GRÜNEN geraten würde, die bekanntlich über einen festen, überzeugten Wählerstamm in der Bundesrepublik verfügen, müssen ihre Erfolgchancen über ihre Rolle einer sektiererischen linken Protestpartei hinaus langfristig als gering eingestuft werden. Hingegen kann man erwarten, daß mit der wirtschaftlichen Erholung sehr schnell — nicht zuletzt über die hohen objektiven Umweltbelastungen in der DDR — ein Reservoir für die GRÜNEN entstehen wird, sofern es deren westdeutschem Zweig auch weiterhin gelingt, trotz erheblicher Zieldifferenzen zwischen den Parteiliten ihre organisatorische Einheit zu erhalten. Nicht ganz auszuschließen ist eine Situation, in der die beiden Flügel der GRÜNEN sich am Ende doch nicht mehr als kooperationsfähig erweisen. Dann könnte eine Situation eintreten, in der diese Partei zerfällt, die „Realos“ sich der SPD anschließen und die „Fundamentalisten“ sich mit der PDS zu einer populistischen Linkspartei am äußersten Ende des ideologischen Spektrums zusammenfinden. Große Überlebenschancen möchten wir auch einer so gearteten Linkspartei auf Dauer nicht einräumen.

Zusammenfassend erwarten wir also im Rahmen der Angleichung der Lebensverhältnisse und institutionellen Gegebenheiten in der DDR an die der Bundesrepublik auch einen Transfer des westdeutschen Parteiensystems in die DDR, so daß sich auf mittlere Sicht formal, d. h. nach der Zahl und Art der Parteien, keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem jetzigen westdeutschen Parteiensystem ergeben dürften — dies natürlich unter den bereits mehrfach angesprochenen Vorbehalten bezüglich des Verlaufs und der Folgen des Einigungsprozesses.

Das Wahlergebnis in der DDR vom 18. März wirft nun unter wahlsoziologischem Blickwinkel interessante Fragen auf. Dieses Quasi-Plebiszit könnte nämlich, angesichts fehlender Wahltraditionen und klar definierter sozialstruktureller Trennungslinien (cleavages), sehr wohl den Status einer strukturierenden (aligning, um einen Begriff aus der amerikanischen Wahlsoziologie zu verwenden), Parteipräferenzen auf längere Zeit fixierenden Wahlannahmen. Aber auch auf diese Weise zunächst einmal vorläufig zustandegekommene Bindungen benötigen kommunikative Absicherung, zu der einmal das persönliche Lebensumfeld der Wähler und zum anderen das System der Massenkommunikation beitragen. Darüber hinaus, und darauf hat die Wahlforschung immer wieder hingewiesen, bedarf es jedoch auch der intermediären Integration der Wähler, d. h. der Einbindung in ein System der organisierten Interessenvermittlung. Dieser Bereich ist nun gerade in der DDR aus politisch-historischen Gründen außerordentlich unterentwickelt oder — wo noch *in Ansätzen* vorhanden — nachhaltig delegitimiert (letzteres gilt z. B. für die „alten“ Gewerkschaften, für Schulen, Vereine usw.). In Zukunft wird man also der Entwicklung des Verbandswesens auf dem Gebiet der DDR große Aufmerksamkeit schenken müssen, wobei für die Wahlsoziologie von besonderem Interesse sein wird, ob sich die Gewerkschaften dort in ähnlicher Gestalt wie in der Bundesrepublik verfestigen und welche Koalitionen sie mit politischen Parteien bzw. überwiegend einer politischen Partei (wie auf dem Gebiet der Bundesrepublik mit der SPD) eingehen werden.

Die neben dem „Klassencleavage“ zweite zentrale Konfliktlinie der Bundesrepublik, die einen überwiegend katholischen und allgemein wertkonservativen Bereich einem dekonfessionalisierten säkularen Bereich gegenüberstellt, hat angesichts des geringen Katholikenanteils und einer weitgehend durch den Staat erzwungenen Säkularisierung für das Gebiet der DDR eine wesentlich unsicherere Zukunftschance. Bedenkt man allerdings, daß die Kirche in der DDR mit der zunehmenden Demokratisierung und der Errichtung pluralistisch verfaßter, genuin politischer Institutionen zunehmend ihre Position als Träger *politischen* Protests verlieren wird, kann nicht völlig ausgeschlossen werden, daß sie sich wieder aus dem politischen Raum zurückziehen und möglicherweise sogar zum Träger konservativer Wertorientierungen werden könnte; wahrscheinlich ist diese Entwicklung allerdings nicht.

Damit entsteht die Frage, auf welcher Grundlage — wenn überhaupt — sich in der DDR dauerhafte

Parteibindungen bilden und stabilisieren werden. Von besonderem Interesse wäre dabei eine Entwicklung, die geltende, historisch gewonnene wahlsoziologische Erkenntnisse geradezu auf den Kopf stellen würde: indem sich nämlich nicht – wie üblich – gesellschaftliche Interessen ihre

Organisationen schaffen und über Kooperation mit Partieliten dauerhaft vermitteln, sondern daß umgekehrt etablierte Parteiensysteme – zumindest in diesem Sonderfall – sich ihren eigenen intermediären gesellschaftlichen Unterbau erzeugen.

IV. Epilog: Plus ça change. . .?

Mit der am 2. Dezember 1990 stattfindenden ersten gesamtdeutschen Wahl des nationalen Parlaments kommt ein bedeutsamer Teil der deutschen Geschichte zu einem Abschluß, aber auch die bundesdeutsche Wahlforschung sieht sich vor einer großen Zäsur. Wie groß dieser Einschnitt sein wird, kann im Augenblick noch nicht genau bestimmt werden. Drei Einflußgrößen sollten jedoch besonders beachtet werden. Am offensichtlichsten ist die Tatsache, daß sich zwei Wahlgebiete vereinigen werden, von denen eines einen langen und erheblichen Kontinuitätsbruch demokratischer Institutionen, eine Phase sozialistisch-kommunistischer Indoktrinierung, eine umfassende gesellschaftliche und wirtschaftliche Freiheitsberaubung und einen plötzlichen Verlust staatlicher Identität zu überwinden hat. In diesem Sinne wird Deutschland nach dem 2. Dezember etwas anderes als die Summe der beiden Staaten sein. Für einige Zeit wird die Wahlforschung diesen Umstand in ihren Theorien, Methoden, Fragestellungen und Daten besonders zu berücksichtigen haben. Ob sich daraus erhebliche neue *theoretische* Akzente ergeben werden, lassen wir vorerst offen. Ein zweiter Gesichtspunkt liegt ebenfalls auf der Hand: Die spezifischen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Unterschiede der beiden deutschen Teile werden der politischen Agenda neuartige Probleme und damit eine veränderte Qualität bescheren. Sie werden politische Akteure vor Herausforderungen stellen, auf die Routinereaktionen noch nicht verfügbar sind. Es wird sorgsam zu beobachten sein, wie sich die Wähler auf diese Veränderungen und die Reaktionen der politischen Akteure einstellen werden.

Drittens werden jedoch auch das Verfassungs- und Institutionengefüge sowie der politische Prozeß insgesamt ein neues Gesicht gewinnen, wobei die Tatsache des Hinzukommens von fünf neuen Bundesländern mit zusätzlichen Landtagswahlterminen und damit verbunden die noch höhere Politisierung des Gesamtsystems vermutlich nicht die unbeachtlichste ist. So wird z. B. die Frage erneut gestellt werden müssen, ob sich die Bundesrepublik im Interesse eines einigermaßen stetigen Verlaufs der Bundespolitik in Zukunft pro Legislaturperiode ca. 15–16 Wahltermine leisten will und kann (von den inzwischen auch schon fast zu quasi-nationalen Wahlen hochstilisierten Kommunalwahlen einmal ganz abgesehen).

Diese Fragen und Probleme werden ihre volle Kraft und Folgen noch nicht bei der kommenden Bundestagswahl entfaltet haben, die man vielmehr als Übergangswahl mit theoretischem und politischem Sonderstatus kennzeichnen muß. Dieser Status entkleidet sie allerdings nicht ihrer zentralen Funktion der Herrschaftszuweisung auf Zeit und entläßt die Wahlsoziologie auch nicht aus ihrer Aufgabe, die kurz-, mittel- und langfristigen Bestimmungsgründe für das Stimmverhalten der Bürger in ihrer relativen Bedeutung zueinander zu analysieren. Wir haben versucht, in dem vorliegenden Beitrag diese Faktoren und ihr Zusammenwirken deskriptiv-analytisch zu bestimmen. Für das Ergebnis der kommenden Wahl gelangen wir dabei, bezogen auf die politische Zusammensetzung der ersten gesamtdeutschen Bundesregierung, zu dem Ergebnis: plus ça change, plus c'est la même chose.

Die Republikaner

Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand

Im April 1989 gaben mehr als zehn Prozent der Befragten einer repräsentativen Umfrage (Abbildung 1) an, sie würden sich bei einer Bundestagswahl (wenn zu diesem Zeitpunkt gewählt würde) für die Republikaner entscheiden. Das war der Höhepunkt der Zustimmung für eine Partei am äußeren rechten Rand, die nahezu aus dem Nichts aufgetaucht war, eine Blitzkarriere machte und sich anschickte, Regierungsmehrheiten der Union zu gefährden. Die Öffentlichkeit und die etablierten Parteien waren tief beunruhigt. Die Republikaner machten Schlagzeilen, keineswegs immer positive, aber die Medien beachteten sie.

Nach einem Jahr, im April 1990, wollten nach einer repräsentativen Umfrage nur noch etwas mehr als zwei Prozent die Republikaner wählen, im Juni waren es weniger als ein Prozent. Die wenigen Schlagzeilen, die die Republikaner noch machen, behandeln die internen Machtkämpfe und gegenseitigen Beschimpfungen der Parteieliten beim Auflösungsprozeß der Partei¹⁾.

Aus der Sicht der Wahlforscher heißt deshalb das Thema nicht mehr, wer *sind* die Wähler der Repu-

blikaner, sondern: wer *waren* die Wähler der Republikaner.

Trotzdem: Das Jahr 1989 hat aus sozialwissenschaftlicher Sicht die seltene Gelegenheit geboten, den äußersten rechten Rand im Parteien- und Wählerspektrum und die Art und Weise einer möglichen Mobilisierung von Wählern durch eine Partei zu beobachten, die sich das Image einer konservativen und volksnahen nationalen Erweckungsbewegung geben wollte.

Die Zielsetzung dieses Aufsatzes ist nicht, ein Erklärungsmodell für die Erscheinung der Republikaner anzubieten²⁾, sondern sehr viel bescheidener zunächst die Entwicklung der Erfolge der Republikaner in der Bevölkerung nachzuzeichnen, dann eine Beschreibung der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Anhängerschaft in den verschiedenen Phasen unterschiedlicher Unterstützung und zuletzt aus den abweichenden Haltungen der Anhänger der Republikaner Hinweise auf mögliche Motive ihrer Wahl zu bekommen. Trotzdem soll dabei auch die Frage beantwortet werden, ob der Grund des Erfolgs der Republikaner eher Ausdruck eines Protestes war oder ob diese Partei auch aus ideologischen Gründen gewählt wurde.

I. Die Wahlerfolge der Republikaner

Seit dem spektakulären Erfolg der Republikaner bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989 bei denen sie aus dem Stand heraus 7,5 Prozent der Stimmen erreichten, ist diese Partei bei vier Kommunalwahlen, drei Landtagswahlen und einer bundesweiten Wahl, der Europawahl im Juni 1989, angetreten. Allerdings gelang es der Partei nicht, sich zu den Kommunalwahlen flächendeckend zur Abstimmung zu stellen, auch nicht in ihrem „Stammland“ Bayern.

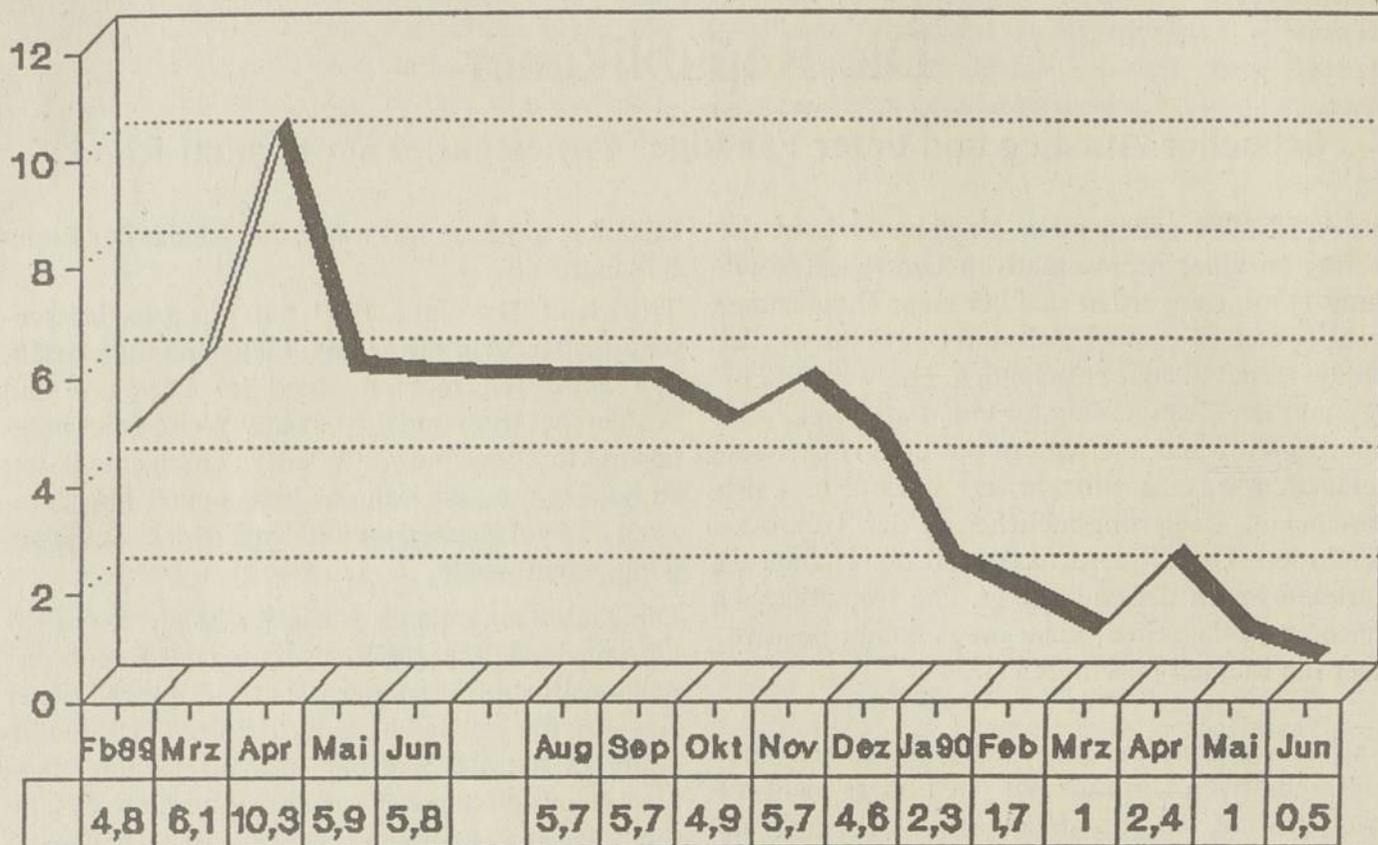
Das Ergebnis der Berliner Wahl überraschte nicht nur die Berliner selbst, sondern auch Politiker, Pu-

blizisten und nicht zuletzt die Meinungsforscher. In der Endphase des Wahlkampfes zeichnete sich zwar ein Achtungserfolg der Republikaner als rechte Protestpartei ab (vier Prozent hatte die Forschungsgruppe Wahlen für die Republikaner in ihrer Blitzumfrage vor der Wahl gemessen), daß sie jedoch auf 7,5 Prozent klettern würden, war von niemandem erwartet worden. Die Republikaner, die bis zum Jahresende 1988 kaum jemandem bekannt waren, lebten kurz vor der Wahl von einem Medienspektakel, das sich im Anschluß an einen umstrittenen Wahlspot der Partei entspann, der sich allein auf das Thema der Ausländerangst konzentrierte. Auf solche Provokationen der äußersten Rechten folgten tumultartige Antworten der äußersten Linken, die Medien stiegen voll ein — und die Republikaner waren bekannt.

¹⁾ Vgl. z. B.: Bei den Republikanern wird abgerechnet, in: Süddeutsche Zeitung vom 3. Juli 1990, S. 22.

²⁾ Vgl. Franz Urban Pappi, Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/90, S. 39.

Abbildung 1: Republikaneranteile insgesamt (in Prozent)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, monatliche Umfragen für das Politbarometer im Auftrag des ZDF, jeweils ca. 1000 Befragte, repräsentativ für die Bundesrepublik.

Für die Wähler dieser Partei gab es in den Umfragen vor der Wahl eigentlich nur zwei Themen. Das erste und wichtigste war die Ausländerproblematik und das zweite, davon abgeleitet, die fehlenden (Sozial-)Wohnungen. Die Republikaner waren in Berlin eine „Ein-Problem-Partei“, wobei man jedoch nicht vernachlässigen sollte, daß die Sympathien – die ihnen aufgrund des Ausländerthemas zugewachsen sind – vor dem Hintergrund einer allgemeinen diffusen politischen Unzufriedenheit dieser Wählerschicht zu verstehen sind. Einige Unruhe hat der überproportional hohe Erfolg der Republikaner bei den Jungwählern in Berlin ausgelöst. Wie sich erst später herausstellte, handelt es sich dabei jedoch um ein Großstadt-Phänomen. Bundesweit haben die Republikaner nur leicht überdurchschnittlich Erfolg bei Jungwählern.

Nur sechs Wochen nach dem Berliner Erfolg kandidierten die Republikaner bei den ersten Kommunalwahlen nur in zwei der 21 Kreise und in keiner der fünf kreisfreien Städte Hessens. Trotz sich anzeigender Unterstützung seitens der Wähler, hatten sie weder die organisatorischen Möglichkeiten, das Personal und die Kandidaten noch die Zeit zur Einberufung von Parteiversammlungen zur formalen Erfüllung der Voraussetzungen für die Kandidatur.

Statt der Republikaner schöpfte die NPD, dort wo sie antrat, die mit der Regierungspolitik im Bund und im Land Unzufriedenen ab. Die NPD zog in Frankfurt mit 6,6 Prozent der Stimmen ins Stadtparlament ein. Eine Umfrage unmittelbar vor dem Wahltag³⁾ zeigte, daß das Potential für die Republikaner ungefähr doppelt so hoch war. Das entsprach etwa ihrem zweistelligen Erfolg im Rheingau-Taunus-Kreis.

Der zweite Wahlerfolg der Republikaner, bei den Europawahlen im Juni 1989, war in der Höhe nicht mehr überraschend. Bundesweite Umfragen hatten einen zwar schwankenden, aber doch erheblichen Zuspruch für die Republikaner angezeigt. Die Republikaner erreichten 7,1 Prozent der Stimmen, d. h. über zwei Mio. Wähler, eine knappe dreiviertel Mio. allein in Bayern. Dort hatten sie mit 14,6 Prozent landesweit ihren größten Erfolg, in einzelnen Kreisen und Städten nahezu 20 Prozent, in Rosenheim sogar 22,1 Prozent, wobei sie dort stärker waren als die SPD. Außer in Bayern schnitten die Republikaner nur noch in Nord- und Südwürttemberg gut ab. Nördlich der Mainlinie blieben

³⁾ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V., Repräsentative Befragung in Frankfurt/Main, 7.–10. März 1989, 887 Befragte.

sie mit Ausnahme von Hamburg und Teilen Niedersachsens meist unter der Fünfprozentmarke. Das Ergebnis der Republikaner wurde begünstigt durch die geringe Wichtigkeit, die der Europawahl von seiten der Wähler im Vergleich zu Wahlen auf der Landes- und vor allem der Bundesebene zugeordnet wird. Bei einer „unwichtigeren“ Wahl ist die Wahlbeteiligung geringer, vor allem aber die psychologische Hürde für ein von der „normalen“ Parteienlinie abweichendes Verhalten niedriger. Die Europawahl eignete sich also besonders, um dem Protest gegen die etablierten Parteien Raum zu geben.

Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg im Herbst 1989 wurde der Charakter der Republikaner als Partei deutlich, die zwar Proteste auffangen, aber kein Programm anbieten und nur wenige Bürger mobilisieren konnte, die für ihre Ziele eintraten. Die Republikaner hatten massive Schwierigkeiten, die Voraussetzungen für eine Kandidatur zu erbringen, wie die Mindestzahl von Unterschriften oder Kandidaten für Gemeinderäte. Es kam zu Unterschriftenfälschungen und zur Ablehnung der Kandidatur der Republikaner in einzelnen Kreisen. Vielfach trat die Partei nur mit einer geringen Zahl von Kandidaten oder überhaupt nicht an. Selbst in Städten und Kreisen, in denen die Partei bei der Europawahl besonders erfolgreich war, konnte sie nicht alle möglichen Kandidatenpositionen besetzen. So brachte sie z. B. in Mannheim oder Karlsruhe jeweils nur ein Drittel der möglichen Kandidaten auf die Liste. In Baden-Württemberg, wo sie immerhin landesweit 8,7 Prozent bei der Europawahl erreichte, trat sie nur in 42 von insgesamt fast 1 100 Gemeinden an, vornehmlich in Städten.

Durch die Berichterstattung über die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg am Wahlabend, die sich hauptsächlich auf Ergebnisse aus Städten stützte (weil nur diese vorlagen), entstand der Eindruck eines weiteren Erfolges der Republikaner. Tatsächlich war die Zustimmung für die Partei dort, wo sie antrat, im Vergleich zur Europawahl (bei etwa gleicher Wahlbeteiligung) rückläufig, und zwar in beiden Ländern. In Nordrhein-Westfalen verlor sie in den entsprechenden Gebieten etwa 1,2 Prozent, in Baden-Württemberg ca. 1,5 Prozent.

Im Januar 1990 erreichten die Republikaner bei der Landtagswahl im Saarland 3,3 Prozent — ein Ergebnis, das weit unter den Erwartungen der Partei lag, aber durchaus dem damaligen Stimmungsbild in der Bundesrepublik insgesamt entsprach. Umfrageergebnisse zeigten im Januar 1990 einen deutli-

chen Rückgang der Republikaner (Abbildung 1). Das Ergebnis der Politbarometer-Umfrage für die Republikaner im Januar und auch das einer Umfrage im Saarland in der Woche vor der Wahl⁴⁾ lag noch unter dem am Wahltag erreichten Wert für die Partei.

Umfragen können sicherlich die Stimmung für oder gegen Parteien richtig angeben, die tatsächliche Höhe des „Erfolgs“ der Republikaner kann aber dadurch verzerrt sein, daß sich — insbesondere bei abnehmender Unterstützung und entsprechender öffentlicher Diskussion — nicht alle im Interview zu dieser Partei am rechten Rand bekennen, die sie bei geheimer Wahl noch wählen. Extreme rechte Parteien sind in der Bundesrepublik wohl aus Gründen der politischen Vergangenheit mit einem Bekenntnistabu belegt, das auf der linken Seite des Parteienspektrums nicht zu beobachten ist. Dieses Bekenntnistabu galt für die NPD der späten sechziger Jahre und gilt auch jetzt für die Republikaner, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß. Es galt noch sehr deutlich vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und für die NPD bei den Kommunalwahlen in Hessen (z. B. in Frankfurt). Erst danach kam es zu einer größeren Bekenntnisbereitschaft für die politische Aufsteigerpartei des ersten Halbjahres 1989.

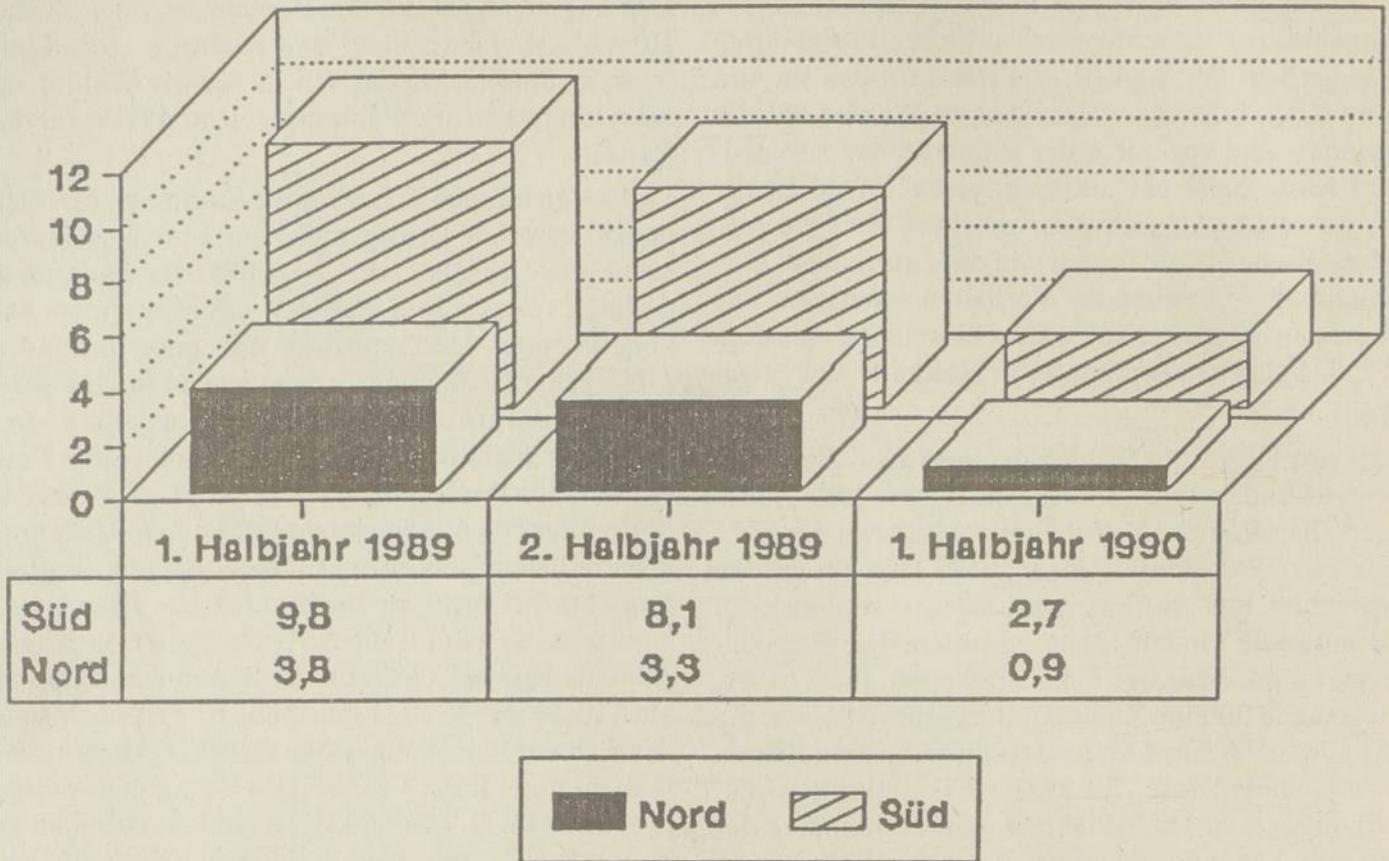
Die öffentliche Aufmerksamkeit für das Abschneiden der Republikaner bei den Kommunalwahlen in Bayern war durch die am gleichen Tag (18. März 1990) stattfindenden Wahlen zur DDR-Volkskammer beeinträchtigt. Noch sehr viel deutlicher als in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ging die Zustimmung für die Republikaner im Land ihrer bisher größten Erfolge bei der Europawahl — auf 5,4 Prozent — zurück⁵⁾. In Städten konnten sich die Republikaner etwas besser halten (6,8 Prozent) als in ländlichen Gebieten (4,9 Prozent). Da es ihnen nicht gelang, flächendeckend Kandidaten aufzustellen, ist der Vergleich mit den Ergebnissen der Europawahl vom Juni 1989 eingeschränkt; aber auch wegen der unterschiedlichen Entscheidungsebene sollten beide Wahlen nur unter Vorbehalt verglichen werden. Trotzdem wird ein sehr starker Rückgang der Unterstützung für die Republikaner allemal deutlich.

Umfrageergebnisse zeigen, daß im Süden der Bundesrepublik (Bayern und Baden-Württemberg) die Neigung zu den Republikanern in relativ gleichem

⁴⁾ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V., Repräsentative Befragung im Saarland, 23.–26. Januar 1990, 1024 Interviews.

⁵⁾ Vgl. Statistische Berichte des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, Kommunalwahl in Bayern am 18. März 1990. Endgültige Ergebnisse, München 1990.

Abbildung 2: Republikaneranteile nach Regionen (in Prozent)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 12).

Umfang wie im Norden auf etwa ein Viertel der Zustimmung des ersten Halbjahres und etwa ein Drittel des zweiten Halbjahres 1989 zurückging (Abbildung 2).

Die Ergebnisse der Republikaner bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (1,8 Prozent) und Niedersachsen (1,5 Prozent) am 13. Mai lösten keine Überraschung mehr aus. In Niedersachsen hatten sich die Republikaner nach langen Auseinandersetzungen gespalten, in Nordrhein-Westfalen waren Rechtsaußen-Parteien schon immer besonders schwach vertreten, bei der Europawahl hatten

die Republikaner dort (nur) 4,1 Prozent erreicht. In bundesweiten Umfragen lagen sie im Mai bei einem Prozent.

Nicht nur Umfrageergebnisse zeigten den Niedergang der Partei an, die Wähler bestätigten ihre Meinungsänderung an der Wahlurne. Die Republikaner verschwinden damit zwar nicht völlig aus der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft, aber die Frage, ob rechts von der Union eine neue Partei entsteht, die von der Größenordnung her bei der Machtverteilung eine entsprechende Rolle spielen kann, scheint beantwortet.

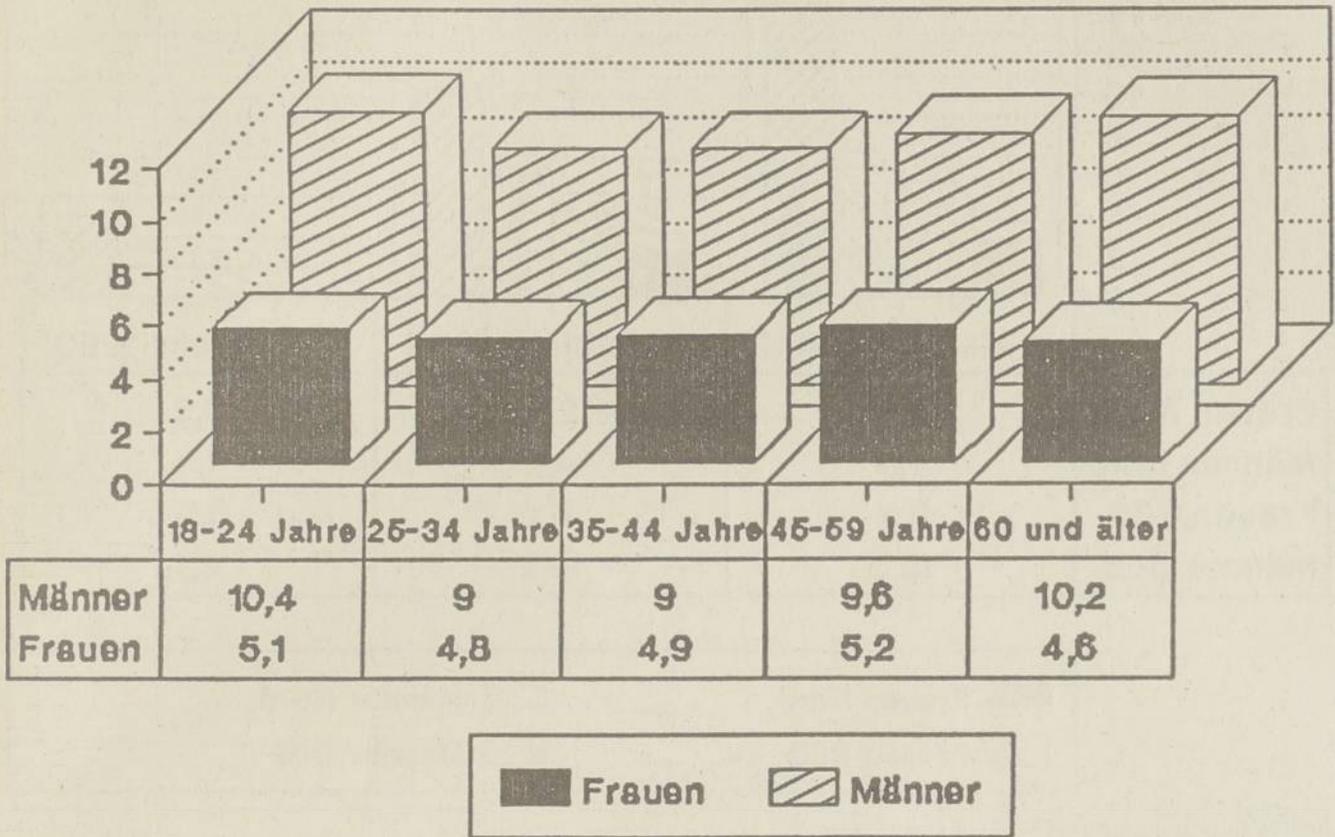
II. Die Struktur der Wählerschaft der Republikaner

In der Struktur der Wählerschaft der Republikaner gibt es zunächst zwei auffallende Merkmale: der hohe Anteil der Männer und der sehr viel größere Erfolg der Partei in Bayern und Baden-Württemberg im Vergleich zu den übrigen Ländern der Bundesrepublik. Die dabei auftretenden Unterschiede sind groß und erklärungsbedürftig.

Bei der Europawahl haben nur etwa halb so viele Frauen die Republikaner gewählt wie Männer.

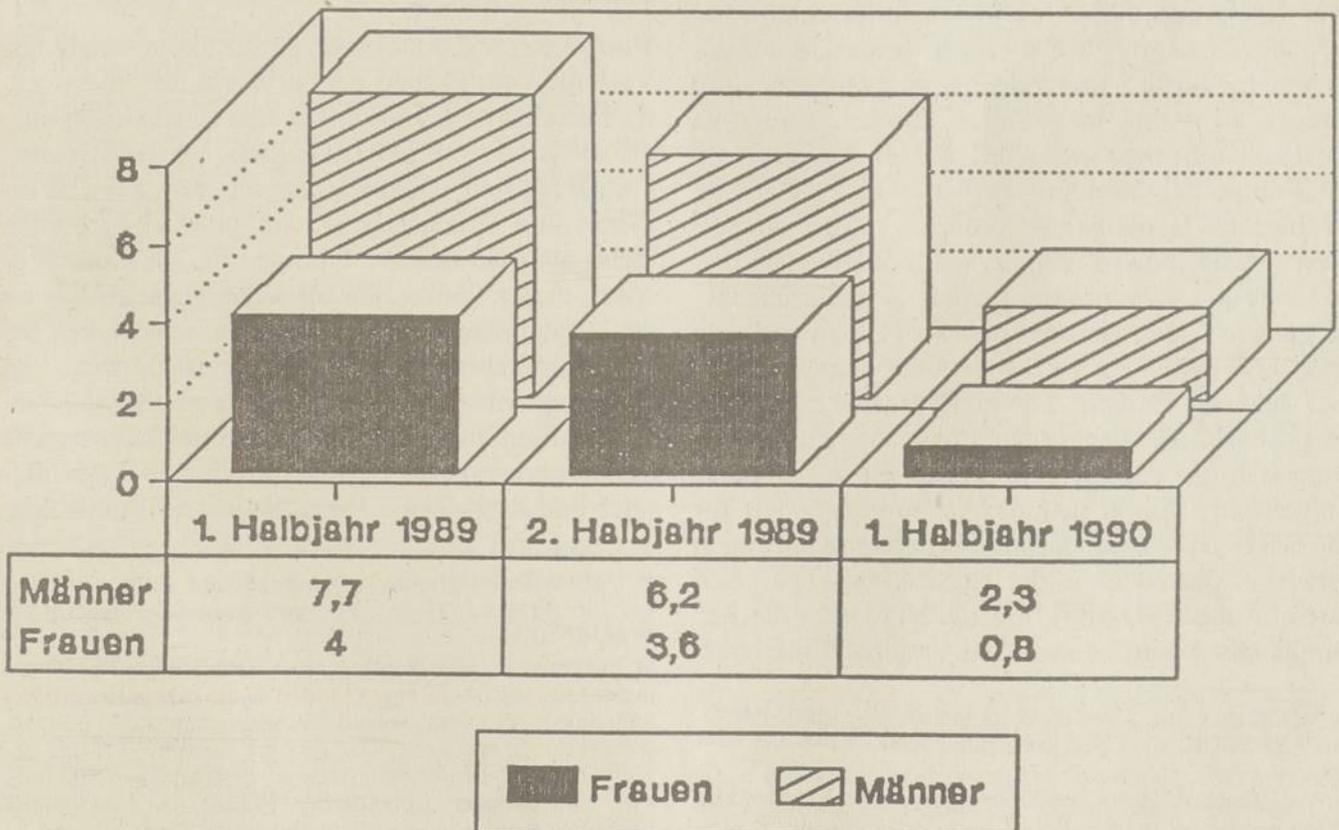
Diese ungleiche Verteilung im Wahlverhalten der Geschlechter in bezug auf die Republikaner zieht sich durch alle Altersgruppen (Abbildung 3). Auch bei zurückgehenden Anteilen der Republikaner in der Wählerschaft bleiben die Unterschiede im beabsichtigten Verhalten von Männern und Frauen bestehen (Abbildung 4), und auch die Kontrolle nach Regionen (Abbildung 5) oder die nach Alter und Bildungsstatus (Tabelle 1) zeigt kein neues

Abbildung 3: Republikaneranteile nach Alter und Geschlecht bei der Europawahl (in Prozent)



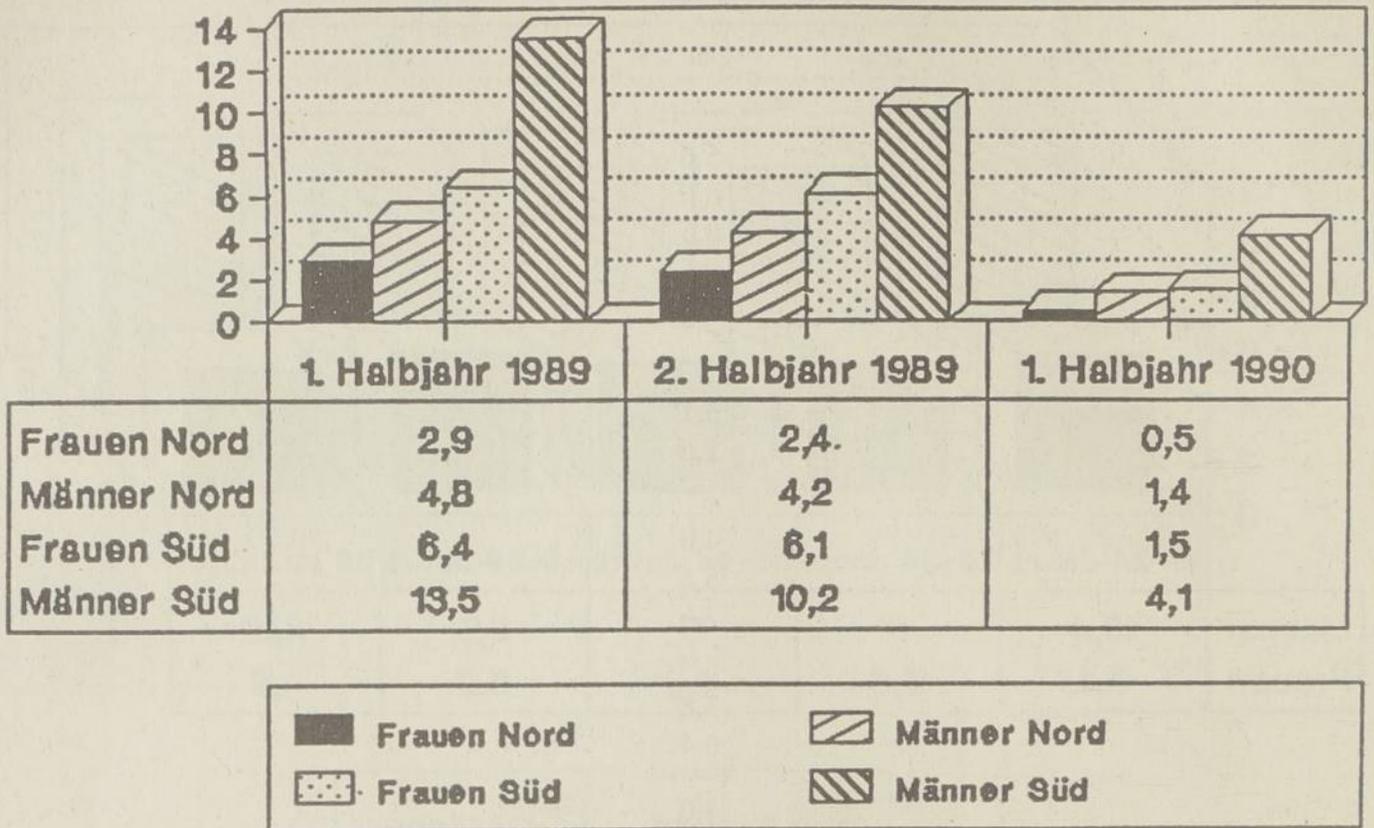
Quelle: Repräsentative Wahlstatistik, Heft 4, Fachserie 1, Europawahl 18. Juni 1989, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden (die Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik enthält keine Briefwähler).

Abbildung 4: Republikaneranteile nach Geschlecht (in Prozent)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 12).

Abbildung 5: Republikaneranteile nach Geschlecht und Regionen (in Prozent)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 12).

Bild; wir haben es offensichtlich mit einem geschlechtsspezifischen Verhalten zu tun.

Zur Erklärung dieser Verhaltensunterschiede haben wir an anderer Stelle⁶⁾ unter anderem auf das unterschiedliche Interesse von Männern und Frauen an Politik hingewiesen. Diese Aussage ist zum Teil mißverstanden worden. Höheres Interesse an Politik bei Männern bedeutet nicht, daß die Wähler der Republikaner politisch stärker interessiert sind als andere Wähler, sondern lediglich, daß Männer qua höherem Interesse neue politische Bewegungen früher wahrnehmen als Frauen und deshalb auch neuen Parteien gegenüber aufgeschlossener sind als Frauen. Die sich daraus ergebende Hypothese, daß nach einer Phase der Zurückhaltung sich die Frauen dem Verhalten der Männer angleichen, stimmt in jüngster Vergangenheit für die GRÜNEN, kann dort möglicherweise aber auch anders erklärt werden; die These stimmt historisch auch für die NSDAP⁷⁾. Für die NPD oder die Republikaner konnte dieser Satz empirisch nie über-

prüft werden, weil beide Parteien als relevante Größen im Parteiensystem zu schnell wieder verschwunden waren.

Von größerer Erklärungskraft für das abweichende Verhalten der Frauen bei der Wahl extremer rechter Parteien ist offensichtlich das Erscheinungsbild dieser Parteien als patriarchalisch, aggressiv, verbal schwülstig und dabei durchaus bereit, Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von politischen Zielen nicht auszuschließen. Gerade die Gewaltbereitschaft in der Politik, die für jugendliche Anhänger der Republikaner oft Ersatz für Sprachlosigkeit bei der Bewältigung ihrer Probleme ist⁸⁾, wird von Frauen sehr viel deutlicher abgelehnt als von Männern⁹⁾. Daß Frauen ausländerfreundlicher seien als Männer oder in der Frage des politischen Asyls liberaler und deshalb die Republikaner stärker ableh-

⁸⁾ Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Jugend und Rechtsextremismus, in: G. Paul (Hrsg.), Hitlers Schatten verblaßt, Bonn 1989, S. 101 ff.

⁹⁾ Bei einer Abfrage der möglichen Beteiligung an Protesten in der Öffentlichkeit zeigen Frauen signifikant geringere Beteiligungsbereitschaft, sobald die Maßnahmen den gesetzlichen Rahmen sprengen oder aber mit Gewalt, z. B. bei der Teilnahme an einer Demonstration, gerechnet werden muß. Vgl. Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1989, ipos repräsentative Bevölkerungsumfrage, 2 040 Fälle, Mai 1989.

⁶⁾ Vgl. Dieter Roth, Sind die Republikaner die fünfte Partei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41-42/89, S. 10-20.

⁷⁾ Vgl. Joachim Hoffmann-Göttig, Die neue Rechte: Die Männerparteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41-42/89, S. 30.

Tabelle 1: Prozentanteil der Republikaner nach Alter, Schulbildung und Geschlecht

Alter	Schulbildung	1. Halbjahr 89		2. Halbjahr 89		1. Halbjahr 90	
		männl. Prozent	weibl. Prozent	männl. Prozent	weibl. Prozent	männl. Prozent	weibl. Prozent
18–29	Volksschule	11,7	5,6	13,5	13,0	6,0	2,7
	Mittlere Reife	7,3	6,0	7,1	3,4	2,5	1,1
	Abitur	1,8	0,5	1,8	1,4	1,4	0,7
30–39	Volksschule	9,9	5,6	9,7	6,9	4,7	1,8
	Mittlere Reife	3,6	2,4	2,6	1,0	1,2	1,6
	Abitur	1,2	–	0,3	0,8	0,6	–
40–49	Volksschule	9,5	5,1	7,7	5,4	2,5	0,9
	Mittlere Reife	6,7	1,6	4,1	3,1	1,2	–
	Abitur	1,5	–	1,2	1,2	0,7	–
50–59	Volksschule	8,8	4,0	5,7	5,3	2,9	1,1
	Mittlere Reife	10,2	5,6	5,8	2,1	0,7	–
	Abitur	4,6	2,6	3,8	–	–	–
60 und älter	Volksschule	9,8	4,7	7,3	2,9	2,4	0,9
	Mittlere Reife	11,5	3,8	9,8	2,7	2,2	–
	Abitur	13,4	6,4	8,8	1,5	1,1	–
Gesamt		7,7	4,0	6,2	3,6	2,3	0,8

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (vgl. Anm. 12).

nen, kann empirisch widerlegt werden¹⁰). Weiterhin dürfte eine Rolle spielen, daß das sich verändernde Rollenverständnis und -verhalten von Mann und Frau in der Gesellschaft bei den Republikanern auf Zurückhaltung stößt und dort eher noch die Berufung der Frau in der Rolle der Mutter und Hausfrau gesehen wird. Zumindest für junge Frauen und solche mit besserem Bildungsstatus kann dies kein Anreiz sein, die Republikaner zu wählen.

Zum Nord-Süd-Gefälle: Die Republikaner wurden in Bayern als Reaktion auf die Vermittlung eines Milliardenkredits an die DDR durch Franz Josef Strauß und wegen angeblich mangelnder innerparteilicher Demokratie in der CSU von ehemaligen CSU-Abgeordneten und dem früheren Fernsehjournalisten Franz Schönhuber gegründet. Der Protest gegen die Etablierten war bereits Taufpate der Partei.

Ihren ersten Wahlerfolg hatte die Partei bei den Landtagswahlen in Bayern 1986 mit drei Prozent

der Stimmen, ein Ergebnis, das der CSU mißfiel, aber wohl nicht ausreichend Gegenkräfte in ihr mobilisierte. Die Republikaner hatten ihren organisatorischen und ihren Aktivitätsschwerpunkt vor und nach den Berliner Wahlen immer in Bayern. Dort war ihr Vorsitzender Franz Schönhuber als ehemaliger Leiter einer populären Fernsehsendung sehr bekannt und sprach auch als Parteiführer sehr gezielt die süddeutsch-bayerische Mentalität an. Schönhuber sah sich gerne in der Rolle des legitimen Nachfolgers von Franz Josef Strauß und bündelte den Protest gegen die CSU und ihre zu „lache“ Parteiführung. Die Republikaner waren zunächst nur eine regionale Anti-Establishment-Partei, sehr bayerisch und in Sprache und Auftreten unverwechselbar, direkt und laut. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg traten die Republikaner zum ersten Mal außerhalb der Landesgrenzen auf. Sie hatten ihren größten Erfolg in den grenznahen Gebieten zu Bayern, so z. B. in Heidenheim mit 6,4 Prozent.

Nach dem Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus und abermals nach dem Einzug ins Europaparlament (von diesem Zeitpunkt an war die Finanzkraft der Partei erheblich gestärkt) sprach Franz Schönhuber davon, die Zentrale der Partei in die Bundes-

¹⁰) Vgl. ipos repräsentative Umfrage im September/Oktober 1989, Parteiensystem im Wandel, 3 099 Fälle. Sowohl bei der Frage der Aufnahme von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa als auch bei der positiven Bewertung des Rechts auf Asyl sind Frauen deutlich zurückhaltender als Männer.

Tabelle 2: Prozentanteil der Republikaner nach Alter und Schulbildung

Alter	Schulbildung	1. Halbjahr 89 Prozent	2. Halbjahr 89 Prozent	1. Halbjahr 90 Prozent
18–29	Volksschule	9,3	13,3	4,7
	Mittlere Reife	6,5	5,0	1,7
	Abitur	1,2	1,6	1,1
30–39	Volksschule	7,8	8,4	3,3
	Mittlere Reife	2,9	1,7	1,4
	Abitur	0,8	0,5	0,3
40–49	Volksschule	7,3	6,6	1,7
	Mittlere Reife	4,2	3,5	0,6
	Abitur	1,0	1,2	0,4
50–59	Volksschule	6,4	5,5	2,0
	Mittlere Reife	7,8	3,8	0,3
	Abitur	3,8	2,5	–
60 und älter	Volksschule	6,5	4,5	1,4
	Mittlere Reife	6,3	5,0	0,6
	Abitur	10,4	5,6	0,7
Gesamt		5,8	4,9	1,5

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (vgl. Anm. 12).

hauptstadt Bonn zu verlegen. Formal geschah dies zwar, aber die eigentliche Aktivitätsbasis blieb Bayern. Auch aus taktischen Erwägungen heraus schien dies sinnvoll. Die Republikaner wollten, nachdem dies einmal mit Berlin gelungen war, die Kommunalwahlen in Bayern im Frühjahr 1990 und die Landtagswahlen im Herbst 1990 jeweils als Sprungbrett zum Erreichen der nächsten Hürde benutzen und mit erhoffter Aufmerksamkeit der Medien eine Mobilisierung der Unzufriedenen erreichen.

Die besseren Ergebnisse der Republikaner im Süden der Bundesrepublik sind bis heute sowohl auf die besseren Organisations- und Vorbedingungen der Partei in diesem Raum zurückzuführen als auch auf die regionale Affinität der Parteifunktionäre und ihrer Sprache gegenüber der Anhängerschaft, die offenbar auf ein breiteres Verständnis im süddeutschen Raum trifft als anderswo. Hinzu kommt, daß eine Partei, die am rechten äußeren Rand ihre Wähler sucht, dort am erfolgreichsten sein kann, wo die Regierung von einer Partei des rechten Spektrums gestellt wird und möglichst stark ist; dies nach dem Motto: wer viel hat, hat viel zu verlieren, oder, wo viel ist, ist viel zu holen.

Außer regionalen und geschlechtsspezifischen Unterschieden gibt es jedoch in der Wählerschaft der

Republikaner noch andere Besonderheiten, die erst über eine differenziertere Betrachtung der Anhängerschaft mit hohen Fallzahlen erkennbar werden. An anderer Stelle wurden solche sozialstrukturellen Aufschlüsselungen bereits vorgenommen¹¹⁾. Die interessante Frage ist jetzt, ob sich bei abnehmender Zustimmung für die Republikaner die Struktur ihrer Wählerschaft ändert, was möglicherweise Hinweise darauf geben könnte, welche Teile der Wählerschaft ideologisch der Partei verhaftet sind und welche Teile als reine Protestwähler angesehen werden können, die die etablierten Parteien wieder zurückgewinnen werden oder bereits zurückgewonnen haben.

Wähler mit niedrigem Bildungsstatus sind eher durch die Republikaner ansprechbar als solche mit höherem oder hohem Bildungsstatus (Tabelle 2)¹²⁾. Diese Feststellung gilt für Wähler unter 50 Jahren uneingeschränkt, und das auch bei zurückgehender Akzeptanz der Republikaner als wählbare Partei. Besonders interessant ist dabei die

¹¹⁾ Vgl. D. Roth (Anm. 6).

¹²⁾ Die vorhandenen Umfragen, in denen die Wahlabsicht für die Republikaner erfaßt ist, wurden in drei Zeitabschnitten kumuliert: Februar-Juni 1989, 6 078 Fälle = 1. Halbjahr 1989; August-Dezember 1989, 6 788 Fälle = 2. Halbjahr 1989; Januar-Juni 1990, 6 197 Fälle = 1. Halbjahr 1990.

Tabelle 3: Prozentanteil der Republikaner in Berufsgruppen

Beruf der Befragten	1. Halbjahr 1989 Prozent	2. Halbjahr 1989 Prozent	1. Halbjahr 1990 Prozent
un- und angelernte Arbeiter	8,3	6,3	2,4
Facharbeiter	9,5	8,3	3,6
kleine und mittlere Angestellte und Beamte	5,6	4,4	1,2
leitende Angestellte und höhere Beamte	4,8	4,1	1,0
Selbständige	6,6	5,0	1,5
Landwirte	13,1	11,9	1,0
Gesamt	5,8	4,9	1,5

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 12).

Altersgruppe der unter Dreißigjährigen. Hier sind die Unterschiede zwischen den Gruppen niedrigster und höchster formaler Bildung besonders deutlich. Gleichzeitig ist die Konstanz der Neigung zu den Republikanern im Zeitverlauf in der Gruppe der Jüngeren mit niedrigem Schulabschluß noch relativ hoch. Die Zustimmung steigt sogar zwischen dem ersten und zweiten Halbjahr 1989, obwohl insgesamt die Anteile der Republikaner rückläufig sind. Auf etwas niedrigerem Niveau gilt diese Aussage auch noch für die Dreißig- bis Vierzigjährigen.

Insgesamt hatten die Republikaner bei Wählern unter 50 Jahren mit formal hoher Bildung kaum eine Chance, gewählt zu werden. Bei älteren Wählern mit höherer oder hoher formaler Bildung war diese Chance größer, am stärksten war sie bei den über 60jährigen mit Abitur oder Hochschulabschluß. Im Zeitverlauf geht die Unterstützung für die Republikaner bei allen, unabhängig vom Alter und Bildungsstatus, zurück, am deutlichsten bei den Älteren, so daß die möglicherweise erklärbaren Haltungsveränderungen älterer, formal hochgebildeter Wähler im ersten Halbjahr 1990 verschwunden sind. Man konnte nach den Daten der beiden Halbjahre 1989 noch argumentieren, daß die Gründe für die Wahl der Republikaner bei den Älteren möglicherweise eher im politisch-ideologischen Bereich lagen, z. B. bei wahrgenommenen Defiziten in Fragen der Vertretung nationaler Interessen. Bei jüngeren Wählern der Republikaner, die vornehmlich einen einfachen Bildungs- und Berufsstatus hatten, konnte die Motivation zur Wahl der Republikaner in einer vermeintlichen Bedrohung ihres eher bescheidenen Status durch Aus- oder Übersiedler, möglicherweise auch durch Ausländer, liegen, die mit ihnen um Arbeitsplätze oder billigen Wohn-

raum konkurrierten. Seit Beginn dieses Jahres kann eine solche Argumentation bei den unter Vierzigjährigen nur noch mit Einschränkungen aufrechterhalten werden und, wie die Tabelle 1 zeigt, auch nur für die Männer. Bei allen anderen Gruppen sind die gemessenen Unterschiede kaum mehr aussagefähig.

Betrachtet man die Wähler der Republikaner in einer Einteilung nach Berufsgruppen (Tabelle 3), so zeigen sich in den beiden Halbjahren 1989 keine Veränderungen in der Struktur der Wählerschaft, sondern lediglich Unterschiede im Niveau. Facharbeiter sowie un- und angelernte Arbeiter sprechen sich sehr viel häufiger für die Republikaner aus als Angehörige anderer Berufsgruppen, mit Ausnahme der Landwirte, die allerdings fast schon traditionell eine hohe Neigung zu Parteien am rechten Rand haben. Im Jahr 1990 bleibt zwar eine überproportionale Bereitschaft zur Wahl der Republikaner in der Arbeiterschaft erhalten, die den Befunden bei einer Betrachtung der Wähler nach Bildungsstatus entspricht, weitere Differenzierungen treten aber nicht mehr auf.

Die empirisch am eindrucksvollsten nachweisbaren Einflüsse von Gruppennähe oder Gruppenzugehörigkeit auf das Wahlverhalten basieren auf dem Konzept der Determinierung des Verhaltens durch soziale Kontexte¹³⁾. In dessen Anwendung stehen für die beiden großen Parteien in der Bundesrepublik, CDU/CSU und SPD, die Kirchen einerseits und die Gewerkschaften andererseits als Organisationen, die nicht nur mit den Zielsetzungen der ent-

¹³⁾ Vgl. Franz Urban Pappi, Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik, unveröffentlichte Habilitationsschrift an der Universität zu Köln 1976.

sprechenden Parteien in Einklang stehen, sondern diese Ziele einüben, vertiefen und stabilisieren. Wenn nun eine neue Partei mit eigener Ideologie oder auch nur Anti-Haltungen auftritt, dann sollten Wähler mit Bindungen an die sogenannten Vorfeldorganisationen der großen Parteien eher gegen die Abwerbung gefeit sein als Wähler ohne solche Bindungen. Kirchenbindung wird dabei mit Kirchgangshäufigkeit gemessen, weil die formale Zugehörigkeit zur Kirche nicht ausreichend trennscharf ist. Wie bereits an anderer Stelle gezeigt¹⁴⁾, bewirkte die Nähe zur Kirche zunächst grundsätzlich, wenn auch nicht sehr stark, eine Abwehr gegen die Wahl einer Rechtsaußen-Partei, während die Nähe zur Gewerkschaft („Haushaltskonzept“: Gewerkschaftsmitglieder im Haushalt) ohne Einfluß auf das Verhalten der entsprechenden Wähler in bezug auf die Republikaner blieb. In den Tabellen 4 und 5 wird deutlich, daß diese Erkenntnisse auch für das zweite Halbjahr 1989 gelten und prinzipiell auch für die Phase des weiteren Rückgangs der Republikaner im ersten Halbjahr 1990, wenngleich hier die ausgewiesenen Differenzen innerhalb der Fehlertoleranzbereiche liegen.

In einer vorsichtigen Zwischenbilanz auf der Basis zunächst nur struktureller Aufschlüsselungen kommt man zu dem Schluß, daß die Motive zur Wahl der Republikaner zu großen Teilen Protest waren, Protest gegen die Politik der Regierung in unterschiedlichen Bereichen. Hätten politisch-ideologische Verhaltensmotive vorgelegen, so wären diese nur durch Änderungen der politischen Agenda und ohne materielle Lösungen oder zumindest Lösungsansätze der tatsächlichen Probleme nicht verschwunden; sie hätten sich in den Gruppen halten müssen, die die Artikulationsfähigkeit für

Tabelle 4: Prozentanteil der Republikaner nach Kirchgang

Kirchgang	1. Halbjahr 1989 Prozent	2. Halbjahr 1989 Prozent	1. Halbjahr 1990 Prozent
oft	4,2	4,1	1,0
gelegentlich	5,3	4,4	1,0
selten, nie	7,1	6,0	1,7

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 12).

solche ideologischen Defizite haben, zum Beispiel in der Gruppe der über Sechzigjährigen, formal Hochgebildeten. Die Tatsache, daß vorhandene Kirchen- oder Gewerkschaftsbindungen nur schwachen oder keinen Einfluß auf die Distanz zu den Republikanern hatten, weist ebenfalls darauf hin, daß nicht ideologische Gründe zu Präferenzen für die Republikaner geführt haben, sondern Protest die Ursache für diese Wählerbewegungen war. Diese Frage soll nun weiter anhand der Meinungsstruktur der Wähler der Republikaner diskutiert werden.

Tabelle 5: Prozentanteil der Republikaner nach Gewerkschaft

Gewerkschaft	1. Halbjahr 1989 Prozent	2. Halbjahr 1989 Prozent	1. Halbjahr 1990 Prozent
ja	5,7	4,9	1,7
nein	5,9	4,9	1,4

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 12).

III. Meinungsstruktur der Republikaner

Rechtsextremes Wahlverhalten ist nach Konrad Schacht¹⁵⁾ eine Form des sozialen Protests gegen Benachteiligungen im Strukturwandel einer Gesellschaft. Ein Kennzeichen moderner Industriegesellschaften ist danach die Individualisierung des Menschen, die einerseits große Möglichkeiten der Selbstentfaltung und der autonomen Gestaltung der Lebensführung bietet, zum anderen aber auch das Risiko der Herauslösung aus traditionellen Mi-

lieus und Organisationsnetzen und damit Orientierungslosigkeit, Einsamkeit sowie verstärkte Status- und Konkurrenzängste bedeutet. Folgt man dieser These, so sind die Wähler der Republikaner die Verlierer im Modernisierungsprozeß der Industriegesellschaft.

Aus etwas anderer Sicht bezeichnet Franz Urban Pappi¹⁶⁾, sehr viel instrumenteller, die Wahl der Republikaner in Anlehnung an Anthony Downs¹⁷⁾ als „rationales Protestwählen“. Man wählt eine

¹⁴⁾ Vgl. D. Roth (Anm. 6).

¹⁵⁾ Vgl. Konrad Schacht, Gesellschaftliche Modernisierung, Wertewandel und rechtsextremistische Orientierungen, in: Kurt Bodewick u. a. (Hrsg.), Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute, Essen 1990, S. 77.

¹⁶⁾ Vgl. F. U. Pappi (Anm. 2), S. 38.

¹⁷⁾ Vgl. Anthony Downs, Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968.

neue Partei mit dem strategischen Kalkül, die Regierenden indirekt zu einer Änderung der bisherigen Politik, die man ganz oder in Teilen ablehnt, zu bewegen. Dies bedeutet nicht, daß der Wähler ein geschlossenes rechtes oder sogar rechtsradikales Weltbild haben muß; er wird jedoch, zumindest in Teilbereichen, von der Meinungsstruktur der Gesamtheit, aber auch der die Regierung stützenden Wähler, abweichen. Auch das von Konrad Schacht diagnostizierte Bewußtsein der Angst vor wirtschaftlichem und sozialem Wandel, die soziale Verunsicherung und die politische Entfremdung müßten sich in den Attitüden der Wähler der Republikaner nachweisen lassen.

Einstellungen sind im weitesten Sinn Prädisposition für Verhalten¹⁸⁾. Sie können sich auf generelle Bereiche wie Normen oder Gesellschaftsordnungen beziehen, dann spricht man von Grundeinstellungen, oder aber auf aktuelle Situationen und Probleme, dann kann man von objektbezogenen Einstellungen sprechen.

Im Bereich der Grundeinstellungen machen wir die interessante Beobachtung, daß die Wähler der Republikaner in ihren Haltungen zum gesellschaftlichen System und zu den Ordnungsprinzipien weitgehend die Einstellungen der Unionswähler teilen¹⁹⁾. Das gilt z. B. für ihre Haltung gegenüber einer starken Polizei, die für Sicherheit und Ordnung sorgt, das gilt in der Frage der Leistungsorientierung, aber auch in der Zielorientierung, ob Wirtschaftswachstum über den Umweltschutz gestellt werden soll oder umgekehrt. In der Frage der Wichtigkeit von Ruhe und Ordnung, aber auch der Aufrechterhaltung dieses Prinzips, z. B. im Falle des Konflikts mit dem der freien Meinungsäußerung, gab es genauso große Übereinstimmung zwischen Unionswählern und denen der Republikaner wie bei der Frage, ob der Kommunismus eine Gefahr für unsere Gesellschaftsordnung sei oder nicht. Auch in ihrem Bekenntnis zum Nationalstolz waren sich Unionswähler und Wähler der Republikaner sehr ähnlich.

In der Haltung zu aktuellen Problemen zeigten die Wähler der Republikaner zum Teil deutliche Abweichungen gegenüber den Wählern anderer Parteien und eben auch zu den Unionsanhängern.

Im Bereich wirtschaftlicher Einstellungen und Zukunftserwartungen sahen sich die Wähler der Repu-

blikaner zunächst einmal in einer signifikant schlechteren wirtschaftlichen Lage als die anderen, sie waren jedoch eher optimistischer als die Mehrheit, was ihre wirtschaftliche Lage in der Zukunft angeht und machten sich auch nicht mehr Sorgen um ihren Arbeitsplatz als z. B. die Wähler der SPD (50 Prozent). Wenn es um die Beurteilung der Arbeitslosen ging, vertraten sie überproportional häufig die Meinung, die Arbeitslosen würden nicht genug tun, um einen Arbeitsplatz zu bekommen — ähnlich wie die Unionswähler. Dies steht wiederum im Einklang mit der überdurchschnittlichen Betonung des Leistungsprinzips. Auch hier treffen sich die Wähler der Republikaner mit den Anhängern von CDU/CSU.

Republikanerwähler fühlten sich andererseits teilweise sozial depriviert. Sie hatten stärker als andere den Eindruck, daß man auf Behörden zu ihnen unfreundlich ist, daß sie Gesetze nicht verstehen, und sie zeigten deutlich geringeres Vertrauen als die Mehrheit der Bürger in Einrichtungen des Bundes wie den Verfassungsschutz, den Bundesdatenschutzbeauftragten, das Statistische Bundesamt oder die Bundeszentrale für politische Bildung.

Im Bereich der inneren Sicherheit sahen sie viel stärker als andere Bürger eine zunehmende Bedrohung durch Kriminalität und ein Anwachsen von Gewalt bei Demonstrationen. In weit größerem Ausmaß als die Gesamtheit der Bundesbürger wollten sie die Kriminalität durch schärfere Gesetze bekämpfen, wobei sie sehr viel häufiger als andere bereit waren, der Polizei das Recht einzuräumen, sich bei Demonstrationen über bestehende Gesetze hinwegzusetzen. Hieraus spricht eine starke autoritäre Grundhaltung und Neigung zur Durchsetzung von Zielen mit Gewalt.

Die stärksten Unterschiede in den Haltungen von Anhängern der Republikaner und denen anderer Parteien gab es aber in den Fragen, die Ausländer betreffen oder Personen, die aus ihrer Sicht als „nicht dazugehörig“ betrachtet werden. So lehnte die Mehrheit der Republikanerwähler das Asylrecht ab, während die klare Mehrheit der anderen Wähler es akzeptiert. Praktisch alle vertraten die Meinung, daß es zu viele Asylanten in der Bundesrepublik gäbe, und es war für sie ein äußerst wichtiges Problem, den Mißbrauch von Asylrechten zu verhindern.

Republikanerwähler wollten mit großer Mehrheit die Zahl ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik verringern. In der Gesamtbevölkerung ist man hier geteilter Meinung. Ein Wahlrecht für Ausländer wurde noch stärker abgelehnt als von allen anderen Wählern, und das Erlangen der deut-

¹⁸⁾ Vgl. Thomas Kerry (ed.), *Attitudes and Behaviour*, London 1971.

¹⁹⁾ Wir beziehen uns bei der Darstellung der Meinungsstruktur auf die Untersuchungen: ipos, Mai 1989 (Anm. 9); ipos, September/Oktober 1989 (Anm. 10).

schen Staatsangehörigkeit sollte nach Meinung von Republikanerwählern keinesfalls für Ausländer, die lange Zeit bei uns leben, erleichtert werden.

Fremdenfeindlichkeit erstreckt sich jedoch nicht nur auf Ausländer, auch deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa lehnten die Wähler der Republikaner mit großer Mehrheit ab (68 Prozent), im Widerspruch zu ihrer eigenen, sehr nationalen Grundhaltung. In der Gesamtbevölkerung war man auch hier eher gespaltener Meinung: 46 Prozent fanden eine Aufnahme solcher Aussiedler gut, 47 Prozent nicht gut.

Die Ablehnung alles Fremden machte noch nicht einmal vor Flüchtlingen und Übersiedlern aus der DDR halt. Im September und Oktober 1989, als Deutsche aus der DDR über bundesrepublikanische Botschaften im Ausland ihre Ausreise erzwingen wollten, war die Zurückhaltung unter den Anhängern der Republikaner gegenüber diesen Flüchtlingen sehr viel größer als bei der Gesamtheit der Bevölkerung. Weit überdurchschnittlich viele unter den Wählern der Republikaner befürchteten wegen dieses Flüchtlingsstroms Nachteile für ihren Arbeitsplatz und auf dem Wohnungsmarkt; dies betraf insbesondere die in Mietverhältnissen lebenden Anhänger der Republikaner, obwohl dieser Anteil nur leicht höher ist als in der Gesamtheit. Diese spezifische Form von Fremdenfeindlichkeit nimmt nicht so sehr die Gestalt des Rassismus an, sondern die des Wohlstandschauvinismus²⁰), der nicht teilen will, da das politisch-soziale Netz auf (West-)Deutsche beschränkt bleiben soll.

Auch in den Einstellungen der Anhänger der Republikaner zu Fragen der Außenpolitik spiegelte sich eine nationale, aber gleichzeitig auch ängstliche Grundhaltung gegenüber den Veränderungen in Europa und der Welt wider. Bei allen europaübergreifenden Themen wie Außen- und Sicherheitspolitik, Rauschgiftbekämpfung und auch Asyl wollten die Wähler der Republikaner viel stärker als alle anderen nationale Lösungen. Sie sahen für die Deutschen, sehr viel stärker als die Mehrheit der Bevölkerung, Nachteile von der Europäischen Gemeinschaft und noch ausgeprägter vom Europäischen Binnenmarkt ausgehen. Auch in der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wichen die Anhänger der Republikaner deutlich von der Mehrheitsmeinung ab: 42 Prozent lehnten die Anerkennung ab, in der Gesamtheit dagegen 22 Prozent. Die Wähler der Republikaner stimmten auch häufiger als die Gesamtheit für eine Auflösung bei-

der Militärbündnisse in Ost und West, und sie vertraten deutlicher als andere Bürger die Meinung, daß Amerikaner in der Bundesrepublik nicht länger stationiert sein sollten.

Unter den Wählern der Republikaner fanden und finden sich überproportional viele, die mit ihrem Leben und ihrem sozialen und ökonomischen Status nicht zufrieden sind. Insbesondere sind sie unzufrieden mit den Veränderungen in gesellschaftlichen Bereichen und der Entwicklung in einzelnen Politikbereichen. Sie lehnen partiell Freiheits- und Gleichheitsrechte ab. Gleichzeitig zeigen sie antiklerikale und antigewerkschaftliche Einstellungen. Sie waren deshalb im Oktober mehrheitlich mit der Ausgestaltung der Demokratie in der Bundesrepublik nicht zufrieden (59 Prozent, im Gegensatz zu 27 Prozent in der Gesamtheit), obwohl sie das System als solches nicht grundsätzlich ablehnen. Den beiden großen Parteien stehen sie kritisch gegenüber, wenngleich diese für große Teile von ihnen bisherige politische Heimat waren. Im Jahr 1989 gaben rund 50 Prozent der Wähler der Republikaner an, früher CDU/CSU gewählt zu haben, rund 20 Prozent gaben die SPD an, 10 Prozent hatten früher gar nicht gewählt, der Rest waren Jungwähler und Wähler von Splitterparteien. Von den ihnen verbleibenden Anhängern im ersten Halbjahr 1990 sagen noch etwas mehr als 30 Prozent, sie hätten früher die Union gewählt, knapp 20 Prozent die SPD, 12 Prozent waren früher Nichtwähler, und sehr viel mehr geben jetzt an, früher Splitterparteien gewählt zu haben.

Die Tatsache, daß die Wähler der Republikaner des Jahres 1989 in ihren gesellschaftlichen Grundeinstellungen weitgehend mit denen der Unionswähler übereinstimmten, in den Einstellungen zu aktuellen Problemen aber zum Teil deutlich von der Mehrheit und auch von den Unionswählern abwichen, stützt die These von der Protestwahl. Bei den Wählern des Jahres 1990, die den Republikanern noch erhalten geblieben sind, zeigen sich auch in den Grundhaltungen Unterschiede zu den Unionswählern, und noch viel stärker zu den gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen der Wähler insgesamt²¹). Dies bedeutet, daß es sich bei den verbleibenden Wählern der Republikaner, die ja nur noch ein Drittel der Stärke von 1989 ausmachen, viel eher um Bekenntniswähler handelt als um reine Protestwähler.

²⁰) Vgl. Eike Hennig, Organisationsstrukturen rechtsextremer Parteien, in: K. Bodewick (Anm. 15), S. 127.

²¹) Dies geht aus einer repräsentativen Untersuchung von ipos, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik, 11. 5. — 31. 5. 1990, 2 093 Interviews, hervor, in der weitgehend identische Fragen mit der ipos-Untersuchung Mai 1989 (Anm. 9), gestellt wurden.

IV. Fazit

Die Anhänger der Republikaner waren von Anfang an weder strukturell noch ideologisch eine klar eingrenzende Gruppe. Es gab strukturelle Schwerpunkte in der Wählerschaft, die auch beim starken Rückgang dieser Partei nicht völlig verschwunden sind. Diese stärkere Unterstützung der Republikaner durch Wähler mit eher einfachem Bildungs- und Berufsstatus — womit zum Teil eine soziale Situation beschrieben ist — konnte zusammen mit den gemessenen Einstellungen der Wähler der Republikaner Aufschlüsse über einige Motive der Wahl geben. Gleichzeitig wurde deutlich, daß die Gründe für diese Wahl vielfältig waren und je nach Alter, Status und Geschlecht variierten.

Die geringen Veränderungen in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der eher jüngeren Wähler der Republikaner im Zeitverlauf und die charakteristischen Änderungen bei den älteren Wählern der Republikaner stützen angesichts des unaufhaltbaren Rückgangs der Sympathien für diese Partei die schon früher geäußerte These über den Protestcharakter eines großen Teils der Wahlentscheidungen für die Republikaner.

Die Bindung der Wähler an die Republikaner war nie sehr stark. Auch in Zeiten ihres höchsten Zuspruchs haben sich nur wenige ihrer Anhänger mit der Partei identifiziert, dagegen etwa die Hälfte ihrer Wähler nach wie vor mit den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD. Im Herbst 1989, bei zurückgehenden Erfolgen, stieg die Identifikation mit der Partei leicht an (22 Prozent), und es sank der Anteil derjenigen Republikaner-Wähler mit deutlichen Bindungen an die beiden großen Parteien auf ca. 35 Prozent²²⁾. Im Mai/Juni dieses Jahres, bei weniger als 2 Prozent Stimmenanteil für die Republikaner, stieg die Identifikation ihrer Wähler fast auf die Höhe, die bei den Wählern der großen Parteien gemessen wird (70 Prozent). Selbst bei vorsichtiger Interpretation der Daten heißt dies,

daß der größte Teil der Protestwähler, die die Republikaner zu Beginn ihrer Karriere an sich ziehen konnten, die Nähe zu dieser Partei bereits wieder meidet und zu den angestammten Parteien zurückgekehrt ist, zumindest aber dazu bereit ist.

Zudem zeigt die Struktur des Meinungsbildes der jetzigen Anhängerschaft der Republikaner, das ja im Vergleich zu 1989 eher härtere Konturen bekommen hat, daß die Bekenntniswähler jetzt wohl in der Überzahl sind; dies bestätigt im Nachhinein die Protestwählerthese.

Wenn die Republikaner auf der Größe einer „gehobenen“ Splitterpartei bleiben und für die Verteilung der Macht im Dezember 1990 keine bedeutende Rolle mehr spielen können, und das ist die wahrscheinlichste Entwicklung, dann ist das Potential für rechtsextreme politische Bewegungen natürlich nicht verschwunden. Wenn Rechtsradikalismus eine „normale Pathologie von freiheitlichen Industriegesellschaften ist“²³⁾, dann wird es immer wieder zu solchen Bewegungen am rechten Rand des Parteienspektrums kommen. Die Vorbedingungen dazu sind in den Einstellungsstrukturen der Bevölkerung latent vorhanden, Anlässe liefert die Politik.

Die Themen und Probleme, mit denen die Republikaner im letzten Jahr ihre Erfolge erreicht haben, sind — mit Ausnahme der Beseitigung des Defizits in Fragen der nationalen Einheit — nicht gelöst, aber sie sind verdeckt durch die sich vollziehende Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Die Chancen der Republikaner, sich im bundesrepublikanischen Parteiensystem einzunisten, waren von Beginn an aus einer Reihe von Gründen nicht sehr groß²⁴⁾, sie sind jetzt für die Republikaner oder eine Partei anderen Namens mit gleicher Intention für einige Zeit verschwindend gering.

²³⁾ Erwin K. Scheuch/Hans D. Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, Tübingen 1967.

²⁴⁾ Vgl. D. Roth (Anm. 6), S. 18.

²²⁾ Die restlichen 42 Prozent identifizieren sich mit keiner Partei.

Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann/Jürgen Winkler: Erklärungsmodelle von Wählerverhalten

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/90, S. 3–13

Wahlverhalten, d. h. die Beteiligung an einer Wahl und die Stimmabgabe für eine Partei oder einen Kandidaten, wird von der modernen Wahlforschung im allgemeinen mit Hilfe bestimmter psychischer, sozialer oder wirtschaftlich-politischer Merkmale zu erklären versucht. Je nach der Betonung der einzelnen Erklärungsfaktoren handelt es sich bei den vorgelegten Erklärungsmodellen um eher soziologische, sozialpsychologische oder nationalökonomisch geprägte Ansätze. Einflüsse der Geographie und des Milieus, die von älteren Erklärungsansätzen des Wahlverhaltens (André Siegfried, Rudolf Heberle u. a.) herausgestellt worden sind, spielen dagegen in der modernen Wahlforschung kaum noch eine Rolle.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf eine Darstellung und Diskussion der für die heutige Forschungspraxis wichtigsten drei Erklärungsmodelle von Wählerverhalten: a) des in den vierziger Jahren in den USA von Paul F. Lazarsfeld u. a. entwickelten soziologischen Erklärungsansatzes sowie seiner von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan vorgelegten makrosoziologischen Erweiterung; b) des stärker sozialpsychologisch geprägten Ansatzes der Autoren des American Voter mit seiner Einflußtriade von Parteiidentifikation, Kandidaten- und Problemorientierung sowie des auf ihm basierenden Analysemodells der „Normalwahl“ und c) des erstmals von dem amerikanischen Nationalökonom Anthony Downs formulierten rationalistischen Erklärungsansatzes, der sich stark der Ökonomie entlehnter Argumentationsweisen und Denkmuster bedient. Letzterer ist wohl eher als Ergänzung denn als grundlegende Alternative zu den beiden erstgenannten Erklärungsmodellen anzusehen.

Max Kaase/Wolfgang G. Gibowski: Deutschland im Übergang: Parteien und Wähler vor der Bundestagswahl 1990

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/90, S. 14–26

Der Beitrag skizziert die politischen Ausgangsbedingungen für die kommende gesamtdeutsche Bundestagswahl aus dem Blickwinkel der Wähler – ihrer Parteipräferenzen, ihrer Sicht der politischen Tagesordnung und ihres Wahlverhaltens bei den Landtags- und Europawahlen seit der Bundestagswahl 1987; er versucht, auf dieser Grundlage die Entwicklungstendenzen des deutschen Parteiensystems nach der deutschen Vereinigung zu analysieren.

Die Befunde belegen, daß erst das Aufkommen der deutschen Frage im Herbst 1989 und ihre seitherige Dominanz der politischen Streitfragen nachhaltig zu einer Erholung der Union aus einem zweijährigen Tief in der Wählergunst geführt hat, weil überwiegend ihr und dem amtierenden Bundeskanzler Handlungsfähigkeit und Problemlösungskompetenz in diesem Bereich zugeschrieben werden. Insofern sind die Chancen – vorbehaltlich einer zumindest tendenziell positiven weiteren wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der DDR – für die amtierende Regierungskoalition gut, in der Wahl ihre Position zu bestätigen.

Nach dem überraschenden Auftauchen der Republikaner 1989 und deren Niedergang bis Sommer 1990 ist die interessanteste Frage, ob und in welchem Umfang sich das deutsche Parteiensystem im Prozeß der Einigung neu formieren wird. Das Ergebnis dieses Teils der Analyse ist, daß sich zwar größere Veränderungen des Parteiensystems vor allem wegen der PDS nicht ausschließen lassen, diese aber eher als unwahrscheinlich gelten können.

Dieter Roth: Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/90, S. 27–39

Die Blitzkarriere der Republikaner, die im Januar 1989 mit einem als Sensation empfundenen Gewinn von 7,5 Prozent der Wähler in Berlin begann, scheint nach den letzten Ergebnissen für diese Partei, bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, bereits am Ende zu sein. Im April 1989 erreichten die Republikaner in Umfragen mehr als 10 Prozent der Wählerstimmen, im Juni 1990 nur noch weniger als 1 Prozent. Trotzdem: Das Jahr 1989 hat aus sozialwissenschaftlicher Sicht die seltene Gelegenheit geboten, den äußersten rechten Rand im Parteien- und Wählerspektrum zu beobachten und die Art und Weise einer möglichen Mobilisierung von Wählern durch eine Partei, die sich das Image einer konservativen und volksnahen nationalen Erweckungsbewegung geben wollte, zu analysieren.

Der Aufsatz zeichnet zunächst die Entwicklung der Erfolge der Republikaner in der Bevölkerung von Anfang 1989 bis Sommer 1990 nach. Es folgt eine Beschreibung der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Anhängerschaft der Republikaner in den verschiedenen Phasen unterschiedlicher Unterstützung. Dabei zeigt sich, daß die Anhänger der Republikaner strukturell nicht sonderlich auffällig sind, daß es aber sozialstrukturelle Schwerpunkte in der Wählerschaft gibt, die auch beim starken Rückgang der Zustimmung zu dieser Partei nicht völlig verschwunden sind. Eine stärkere Unterstützung der Republikaner durch Wähler mit eher einfachem Bildungs- und Berufsstatus gibt, zusammen mit den gemessenen Einstellungen der Wähler der Republikaner, Aufschlüsse über deren Motive.